

# Metallarbeiter-Zeitung

## WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN METALLARBEITER-VERBANDES

Bezugspreis: Monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
Postcheckkonto der Hauptkassa des D. M. V., Berlin Nr. 138 262  
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,  
Berlin Nr. 121 218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer  
Schriftleitung u. Versandstelle: Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148  
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Schriftsätze ohne Freumschlag werden nicht zurückgesandt  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### „Aufbauarbeit“

Eine Woche nach der Wahl haben der Reichskanzler und sein Innenminister sich ausländische Zeitungsberichterstattungern kommen lassen und sie beauftragt, in alle Welt hinaus zu melden, daß sie sich um das Ergebnis der Wahl — das bekanntlich ein schreiendes Mißtrauensvotum für die Regierung war — nicht zu kümmern gedenken. „Unbekümmert um den Ausgang der Wahl“, wörtlich so hat sich Herr Brüning ausgedrückt, „werde die Regierung ihre ganze Kraft auf die sachlichen Aufgaben richten“, und sie sei überzeugt, daß sie dabei „die Unterstützung all derer finden werde, die die beste Gewähr für eine Aufwärtsentwicklung in eben dieser sachlichen Arbeit sehen“. Und weiter: „Der gesunde Sinn des deutschen Volkes ist die beste Gewähr für die raschesete Verwirklichung der Aufbauarbeit, die der Reichsregierung obliegt.“

Also Herr Brüning erklärt: Der Wille des Volkes, wie er in der Wahl zum Ausdruck gekommen, ist ihm pipe, er und seine Ministergehilfen werden weiter „sachliche Aufbauarbeit“ leisten. Er ist auch so gütig, anzudeuten, wie diese „sachliche Aufbauarbeit“ aussehen soll: sie wird „darin bestehen, die während des Sommers in Angriff genommenen und verschiedentlich auch zum Abschluß gebrachten Arbeiten fortzusetzen und auszubauen“. Mit einem Wort gesagt: er will genau das weiter tun, was er bisher getan hat, was der vorige Reichstag sich ausdrücklich verbot und wovon nunmehr auch das Volk in der deutlichsten Weise zu erkennen gegeben hat, daß es das nicht will.

Es könnte scheinen, als ob dies schließlich politische Angelegenheiten seien, die uns als Gewerkschaftler nichts angehen. Aber so zu denken, wäre weit gefehlt, sintermalen die „Arbeiten“, die Herr Brüning vor hat, sich so gut wie ausschließlich um des deutschen Arbeiters wirtschaftliches Wohl und Wehe drehen. Und man muß sagen, Herr Brüning hat Wort gehalten. Er macht wirklich unbekümmert so weiter, als wenn gar keine Wahl gewesen wäre. An demselben Tage, an dem er den fremden Berichterstatern seine Botschaft diktierte, konnte man in den Zeitungen folgende Nachricht finden:

Den Besitzenden ist bereits — nach der Wahl — eine Steuer erlassen worden, die dem Reich 60 Millionen RM jährlich eingebracht hat (die Kapitalertragsteuer für festverzinsliche Wertpapiere). Jetzt soll die Ermäßigung einer anderen Besitzsteuer folgen, der Kapitalverkehrssteuer. Der Gesetzentwurf ist bereits fertig und soll ebenfalls noch vor dem Zusammentritt des neuen Reichstags in Kraft gesetzt werden. Wieviel Millionen Reichsmark dadurch die Reichen wieder sparen und das Reich verliert, ist bisher noch nicht öffentlich mitgeteilt worden.

In Berlin haben die Unternehmer der Metallindustrie die Forderung erhoben, die Löhne der Metallarbeiter um 15 vH zu verringern: statt 1.12 RM soll ein Facharbeiter, wenn es nach dem Willen der Unternehmer geht, nur noch 96 Pf. die Stunde kriegen. Das würden ungefähr 8 RM in der Woche weniger sein!

Das billige Gefrierfleisch, das zollfrei hereingelassen wurde, damit auch arme Leute sich hin und wieder mal einen Bissen Fleisch gönnen können, hört Ende dieses Monats vollständig und endgültig auf. Angeblich überlegt man („man“ ist natürlich die Regierung), wie ein Ersatz zu schaffen sei durch verbilligte Einfuhr anderer Fleisches. Es wird aber wohl nichts daraus werden, weil das Reich die 30 Millionen RM nicht hat, die das kostet. (Aber für Erlaß der Kapitalertragsteuer hatte es 60 Millionen RM.)

Der wegen Fememord zum Tode verurteilte und dann zu sieben Jahren Gefängnis (nicht Zuchthaus) begnadigte Oberleutnant Fuhrmann, der erst ein paar Jahre abgesessen hat, ist so krank geworden, daß er unmöglich weitersitzen kann. Der Arzt hat ihn bereits für heftunfähig erklärt.

Die Reichsminister sind zu einer Sitzung zusammenberufen worden, worin die „sachlichen Aufgaben“ festgelegt werden sollen. „die im kommenden Herbst und Winter erledigt werden müssen“. Bis diese Zeilen dem Leser zu Gesicht kommen, wird die Sitzung wohl schon stattgefunden haben. Nach der amtlichen Ankündigung steht dabei „obenan die Frage der Arbeitslosenversicherung“, die „eng zusammenhängt mit der Gestaltung der Reichsfinanzen“ — Wer den amtlichen Stil zu lesen versteht, der weiß, dies bedeutet: das Reich soll wieder Geld sparen, und deshalb sollen die Arbeitslosen noch weniger kriegen.

Außerdem, heißt es weiter in der Ankündigung, wird ein „großes Sparprogramm durchgeführt werden müssen“. Dies bedeutet nicht etwa, daß den hohen Beamten etwas von ihren Bezügen abgeknappt oder sie selbst entlassen werden sollen. Sondern es bedeutet die abermalige Entlassung von Unterbeamten, Angestellten, Arbeitern, oder zum mindesten die Kürzung ihrer kärglichen Löhne.

Das sind Nachrichten von einem einzigen Tage! Sie zeigen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, was das für eine „sachliche Aufbauarbeit“ ist, in der die Regierung Brüning sich durch den Ausfall der Reichstagswahl nicht stören lassen will. In Wahrheit ist das die folgerechte Unterminierung unseres ganzen Wirtschaftslebens, und wir wagen zu prophezeien, daß eines Tages auch die Ex-

plosion kommen wird, die den ganzen Bau in die Luft sprengt, wenn nicht beizeiten Einhalt geschieht. Mit nicht zu überbietender Beharrlichkeit wälzt die Regierung, entgegen dem ausdrücklichen Willen der Wähler, Last auf Last auf die Schultern der Arbeitenden, und zugleich vermindert sie ebenso beharrlich deren Einkünfte; scheut aber nicht davor zurück, den Besitzenden Steuern zu erlassen, obgleich sie selbst fortgesetzt behauptet, unser ganzes Elend komme davon her, daß das Reich nicht Geld genug hat.  
Man braucht nicht Volkswirtschaft studiert zu haben.

Es genügt die Kenntnis des Einmaleins, um zu sehen, daß dies nicht endlos so weitergehen kann. Selbst gesetzt der Fall, der deutsche Arbeiter sei so geduldig, daß er sich immer noch mehr und immer noch mehr gefallen läßt, ohne die Faust anders als in der Tasche zu ballen — so muß doch auf diesem Wege einmal der Tag kommen, wo er einfach nichts mehr hat, das man ihm noch nehmen könnte. Das ist das Schicksal, dem diese Wirtschaft unfehlbar den deutschen Arbeiter ausliefert. Dann aber werden die Kapitalisten sehen, daß ohne den Arbeiter auch sie nicht existieren können.

## Profit und Lohn Die Gewinne in der Berliner Metallindustrie

Die Berliner Metallindustriellen haben den Großangriff auf den Lebensstand ihrer Belegschaften begonnen. Ihr Angriff zielt auf eine durchgängige Lohnsenkung von 15 vH hin. Die Vertreter der Berliner Metallindustriellen haben bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften erklärt, daß die Unternehmen von den Unkosten und den hohen Löhnen förmlich aufgefressen würden; bei den jetzigen Lohnsätzen könne sich eine Betriebsführung überhaupt nicht mehr lohnen.

Diese Behauptungen der verantwortlichen Verhandlungsführer des VBMI stehen im krassen Widerspruch mit den glänzenden Gewinnen, die die Berliner Metallindustrie im letzten Jahr erzielt hat. So konnte der Siemens-Konzern, dessen Führer immer in der vordersten Front der Scharfmacher zu finden sind, in den beiden letzten Betriebsjahren 1927 bis 1929 Dividenden in Höhe von 14 vH verteilen. Seit dem Jahre 1924 hat Siemens die an die Aktionäre ausgeschütteten Dividendensummen von 10,8 auf rund 25 Millionen heraufgesetzt, also um rund 150 vH erhöht. Die Umsätze sind in diesen Jahren um 55 bis 60 vH gestiegen, sodaß also Siemens mit seinen Fabriken nicht schlecht verdient haben muß, wenn die Aktionärgewinne fast dreifach so schnell wie die Umsätze steigen konnten. Entscheidend aber ist, daß in der gleichen Zeit bis Ende vorigen Jahres die Belegschaft seit 1924 nur um 22 vH gestiegen ist, sodaß also angesichts der Gewinn- und Umsatzsteigerung die Arbeitsleistung je Mann und Schicht sich ganz beträchtlich erhöht hat. In den Aktionärgewinnen können aber nur die Profite zum Ausdruck, zu deren Ausweis in der Bilanz sich der Konzern bequemt.

Ein ganz besonderes Gepräge aber geben den Siemensabschlüssen die millionenschweren Reserven, die in der Bilanz versteckt sind. So sind der riesige Maschinenpark, die Betriebsanlagen, Geräte und Werkzeuge in der Bilanz mit nur 1 RM (!) ausgewiesen, und auch die in die Millionen gehenden Neuschaffungen von Maschinen und Betriebseinrichtungen sind zu gleich als laufenden Gewinnen auf 1 RM Wert heruntergeschrieben worden.

Mit diesen inneren Fettpolstern kann sogar nicht einmal die AEG konkurrieren, obwohl auch dieser Konzern in den vergangenen fünf Jahren mächtige Profite erzielt hat. Auch die an die AEG-Aktionäre ausgezahlten Dividenden sind von 1924 bis 1929 von 7,8 auf 15,2 Millionen angewachsen. Der Umsatz bei der AEG ist in den letzten beiden Betriebsjahren um fast 50 vH auf annähernd 600 Millionen RM gestiegen, obwohl zu gleicher Zeit die geleisteten Arbeitsstunden zurückgegangen sind. Bereits Anfang dieses Jahres vor dem großen Abbau stellte sich die AEG-Belegschaft nur noch auf 60 000 gegen 65 000 Mann in den beiden vorhergehenden Jahren. Also auch bei dem AEG-Konzern zeigt sich, daß die Leistungssteigerung bei Arbeitern und Angestellten einen Grad angenommen hat, dem die Löhne auch nicht annähernd folgen konnten.

Der Bergmann-Konzern hat in den letzten drei Jahren Dividenden in Höhe von 9 vH ausschütten können. Seine Umsätze stiegen in der gleichen Zeit von 100 auf 125 Millionen RM. Auch die übrigen Metallunternehmungen in der elektrotechnischen Fabrikation in Berlin weisen durchweg hohe Dividenden auf. So hat die Apparatefabrik Dr. Paul Meyer im vergangenen Jahr bei einem Rekordumsatz wieder 8 vH Dividende gezahlt. Die Norddeutschen Kabelwerke haben ihre Dividende, die schon 1928 von 8 auf 10 vH heraufgesetzt war, für das letzte

Geschäftsjahr auf 12 vH weiter erhöht. Bezeichnend ist, daß bei dieser Gesellschaft die Unkosten zugleich von 506 000 auf 485 000 RM gesenkt wurden. Das Schwachstromunternehmen Mix & Genest AG hat nach dem Verwaltungsbericht 1929 den höchsten Umsatz seit dem 50jährigen Bestehen des Unternehmens erzielt und wieder 8 vH Dividende verteilt. Wie gut die fetten Jahre 1927 und 1928 der Berliner Metallindustrie bekommen sind, zeigt das Beispiel bei den Akkumulatorenwerken in Oberschöneweide. Diese Gesellschaft zahlte ihren Aktionären zunächst die gleiche Dividende von 8 vH, wie im vorhergehenden Jahr, darüber hinaus aber noch eine Sonderdividende von 10 vH, die, wie es im Verwaltungsbericht heißt, früheren Rückstellungen entnommen wurde. Der Akkumulatorenfabrik geht es also in dem Krisenjahr 1930 so ausgezeichnet, daß sie ihren Aktionären die Rekorddividende von 18 vH zuschanzen kann.

Auch den großen Maschinenunternehmen Berlins ist es alles andere als schlecht ergangen. Die mit der Elektro-Industrie verbundene Werkzeugmaschinenfabrik von Ludwig Löwe hat auch für 1929 an seiner 10prozentigen Dividende festgehalten. Die Julius Fintsch AG, die 1925 ihre Dividendenzahlungen von 4 vH wieder aufnahm, erhöhte die Aktionärgewinne bis 1928 auf 10 vH und 1929 konnte diese Gesellschaft den Profit ihrer Aktionäre weiterhin auf 12 vH steigern. Dabei hat auch dieses Unternehmen in den letzten Jahren durch übermäßig hohe Abschreibungen für „innere Stärkung“ kräftig vorgesorgt.

Daß in vielen Fällen der Dividendensatz für die Blüte eines Unternehmens wenig besagt, beweisen die Abschlüsse des Waggon- und Lokomotivkonzerns von Orenstein & Koppel. Obwohl in den letzten drei Jahren die Umsätze dieser Gesellschaft von 70 auf 85 Millionen gewachsen sind, wurde die Dividende nur von 5 auf 6 vH erhöht. Orenstein & Koppel sind aber schon aus der Vorkriegszeit als Reservenhamster bekannt. Da die Gesellschaft bei der Freigabe der während des Krieges beschlagnahmten deutschen Werte in den Vereinigten Staaten 4½ Millionen bar ausgezahlt bekommen hat, außerdem noch vom Deutschen Reich über 2 Millionen RM Entschädigung, die samt und sonders im Betriebe als Reserve verblieben, so schwimmt dieses Unternehmen buchstäblich im Gelde. Dies kommt auch in der letzten Bilanz für 1929 deutlich zum Ausdruck, wo rund 21 Millionen Bankguthaben und sonstige Forderungen ausgewiesen werden, denen nur knapp 5 Millionen laufender Schulden gegenüberstehen. So ist es auch nicht überraschend, daß dieser Konzern aus seinen im Betrieb aufgeschriebenen Geldern die Aufsaugung der Gothaer und Dessauer Waggonfabriken sozusagen aus der Westentasche bezahlt hat.

Diese Tatsachen beweisen also, daß die Berliner Metallunternehmungen bei den jetzigen Lohnsätzen nicht nur hochrentabel arbeiten, sondern Jahr für Jahr wachsende Profite infolge der Leistungssteigerungen der Belegschaft erzielt haben. Daß die schwere Wirtschaftskrise, die zusammen mit dem rücksichtslosen Rationalisierungsabbau der Arbeiterschaft ungeheure Opfer auferlegt, sich auch in den kommenden Abschlüssen für 1930 bei dem Kapital bemerkbar machen wird, liegt auf der Hand. Jedoch steht heute schon fest, daß ein großer Teil dieser Unternehmungen infolge ihrer Rationalisierungsgewinne ihre Dividendenzahlungen in dem bisherigen Umfang aufrechterhalten wird. Daran wird auch die bewußte Schwarzmalerei der Herren Kötting und Kemmerer nichts ändern.

## Wehrt dem Faschismus!

Der Ausfall der Reichstagswahl hat statt des erwarteten Ruckes nach links eine riesige Steigerung der Stimmenzahl für die Nationalsozialisten gebracht und ihre Abgeordnetenzahl stieg infolgedessen auf über hundert. Damit sind sie zur zweitstärksten Fraktion im neuen Reichstag geworden. Wie diesen „Sozialisten“ durch den ihnen sicher auch unerwartet gekommenen großen Gewinn der Kamm schwillt, ist in ihren Zeitungen nachzulesen und die Arbeiterschaft wird es zu fühlen bekommen. Erinnerung sei nur an die Feindschaft der führenden Nationalsozialisten gegen die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, erinnert sei ferner daran, daß diese Herren schon im verflorbenen Reichstag einen Antrag auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht für die proletarische männliche Jugend einbrachten. Auf die vielen „außerparlamentarischen Mittel“ hinzuweisen, mit denen die Anhänger dieser Partei Andersdenkende für ihr „Drittes Reich“ zu hegeln versuchen, erübrigt sich wohl, weil diese Überzeugungsmittel hinlänglich bekannt sind. Es sind sozusagen Vorschläge und Vorschüsse für das „Dritte Reich“ der Nazis. Wehe der organisierten Arbeiterschaft, wenn es den Nationalsozialisten gelänge, ihre Herrschaft in Deutschland aufzurichten. Wenn auch die riesige Stimmenzahl und ihr Mandatsgewinn im wesentlichen auf Kosten der bürgerlichen Parteien gegangen ist, so kann doch nicht in Ab-

rede gestellt werden, daß die Nazis nicht unerheblichen Zustrom aus Arbeiterkreisen erhalten haben. Es bewahrt sich auch in diesem Falle wieder der Satz, daß nur die allergrößten Kalber ihre Metzger selber wählen.

In der Arbeiterpresse las man als Erklärung für den nationalsozialistischen Vormarsch, daß das Wahlergebnis der Not, der Verzweiflungsstimmung der Wähler entsprungen sei, mit dem Abflauen der Krise und der Wiederkehr besserer wirtschaftlicher Verhältnisse würde

| Aus dem Inhalt  |  | Seite |
|---|--|-------|
| „Aufbauarbeit“ — Profit und Lohn — Wehrt dem Faschismus!  |  | 313   |
| Klassenkampf in Gerichtssälen — Großreinemachen bei NAG — Folge des nationalsozialistischen Wahlerfolgs — Fast drei Millionen arbeitslos! |  | 314   |
| Kraftwirtschaft soll Gemeinwirtschaft sein! — Schwenkbare Stahlhalter an Drehbänken   |  | 315   |
| Maria Montessori — Arbeit und Schule — Einsam in der Ehe  |  | 316   |
| Achte Tagung des Ausschusses des ADGB   |  | 317   |
| Zur „reformierter Reform“ — Jubilarfeiern — Lindcar-Nähmaschinen — Schriftenschau — Vom Vorstand  |  | 318   |
| Arbeitslosigkeit in England — Amerikanische Löhne für Europa — Aus Sowjetrußland  |  | 319   |
| Anzeigen  |  | 320   |



# Großreinemachen bei NAG

Von Julius Fries

auch der Verstand wieder obsiegen und die Wähler dieser Partei wieder den Rücken kehren.

Diese Erklärung hat gewiß manches für sich. Die aus der Not geborene Verzweiflung ist nicht geeignet, politische Einsicht und ruhige Überlegung auszulösen. Aber haben denn die Väter jener Erklärung schon darüber nachgedacht, ob in absehbarer Zeit die Arbeitslosigkeit überwunden sein wird? Nach den Berichten der Landesarbeitsämter ist die Arbeitslosigkeit weiter steigend. Zudem nähern wir uns dem Winter, der erfahrungsgemäß ohnehin große Teile von Arbeitskräften freisetzt. Die Zukunftsfrohen unter den Deutern des nationalsozialistischen Wahlsieges könnten demnach mit ihrem Sprüchlein recht lange auf Erfüllung warten können. Mit kapitalistischen Mitteln, mit Rationalisierung und immer weiterem Lohnabbau ist aus der Sackgasse nicht herauszukommen.

Dem Unternehmertum liegt offenbar wenig daran, die Millionen Arbeitslose wieder in den Produktionsgang einzureihen, vielmehr lassen seine Vorschläge und Maßnahmen darauf schließen, Not und Verzweiflung noch zu mehren, um den Boden immer weiter für den Faschismus zu lockern. Die faschistische Bewegung hat zudem schon einflußreiche Kräfte im Staate, die ihr, bewußt oder unbewußt, helfend zur Seite stehen. Man denke an die milden Urteile für nationalistiche Roheiten, man denke an den Brief des Reichspräsidenten an das Gericht, das gegen den Nazihauptling Göbbels zu urteilen hatte wegen Beleidigung des Reichspräsidenten, wo dieser dem Gericht mitteilte, daß er dem Göbbels verzeihe. Es wurde auch schon berichtet, daß Nazis Leute auf der Straße überfallen, mißhandeln und dann der Polizei übergeben, die dann die Mißhandelten einsperrt und die wirklichen Täter laufen läßt. Kurz, der faschistische Gefahr wird von den dazu berufenen Stellen nicht gebührend begegnet, um so mehr hat die organisierte Arbeiterschaft Veranlassung, dies zu tun, und zwar ohne Säumnigkeit, ehe es zu spät ist. Man denke nur an Italien, wo der Faschismus alle Errungenschaften der Arbeiterschaft zertrümmert, ihre Organisationen zerschlägt und der Arbeiterschaft jede Freiheit genommen hat.

Zur Behebung der Arbeitslosigkeit sind herzhaft und vernünftige Taten erforderlich. Zumindest müssen Länder und Gemeinden durch Zurverfügungstellung von Mitteln in Milliardenhöhe instand gesetzt werden, gemeinnützige Arbeiten ausführen zu lassen, um so die Beschäftigungsmöglichkeit zu steigern. Die Milliardenbeträge, die jährlich bei uns ausgegeben werden für einen völlig überflüssigen Militarismus mit seinem Drum und Dran könnten bessere Verwendung für gemeinnützige Arbeiten finden. Ohne beschränkter Patriot zu sein, kann man bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit doch fordern, daß das Hereinholen ausländischer Arbeitskräfte unterbunden wird. Das gilt besonders in Hinsicht auf die Landwirtschaft. Deutsche Arbeitskräfte liegen in Mengen brach, während die großen Grundbesitzer immer mehr Ausländer hereinholen. Die feudalen und „nationalen“ Landlords fordern dauernd Erschwerung und Abschneidung der Zufuhr fremdländischer Erzeugnisse. Aber für die Einführung ausländischer Arbeitskräfte setzen sie alle Hebel in Bewegung, obwohl wir in Deutschland ein Millionenheer von Arbeitslosen haben.

Die Arbeitslosigkeit kann natürlich bei diesem kapitalistischen System nicht beseitigt, höchstens gemildert werden, zumal wenn sie, wie jetzt, internationalen Charakter hat. Fast alle Industriestaaten leiden stark unter diesem Übel, ob es nun sogenannte Siegerstaaten oder andere sind. Zudem ist die Warenerzeugung durch immer mehr vervollkommnete Maschinen um ein Mehrfaches größer, als sie für den eigenen Bedarf, der durch die stark gedrosselte Kaufkraft der Massen beträchtlich eingeeengt ist, abgenommen werden könnte. Die Menschheit erstickt in Lebensmitteln, trotzdem hungern die Massen. Die noch in den Betrieben schaffen, werden durch die Rationalisierung zu immer ärgerem Schuffen angetrieben, als ob allüberall ein nicht zu befriedigender Bedarf bestände. Das ist die kapitalistische Wirtschaftsmarchie.

Die Arbeitslosigkeit ist international zu bekämpfen, weil ihre Gründe in der Anarchie der Weltwirtschaft zu suchen sind. Die Arbeitszeit ist in dem Maße herabzusetzen, wie die Maschinenkräfte an Stelle der Menschenkräfte gesetzt werden. Das gilt für die Industrieländer wie für die Agrarstaaten. Wenn das nicht mit der Zeit gelingt, dann mögen die Völker zugrunde gehen, sie haben es nicht besser gewollt.

Gerade die Ereignisse der letzten Monate haben die Erfahrung aufs neue bestätigt, daß in entscheidenden Angelegenheiten die Zusammenarbeit zwischen Proletariat und Bürgertum sehr schwer, nein unmöglich ist. Mag auch hin und wieder durch diese Zusammenarbeit eine auch für die Arbeiterschaft günstige Maßnahme durchgedrückt werden können, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß beim Bürgertum das Klassengefühl oder der kapitalistische Urtrieb das oberste Gesetz ihres Handelns ist. In der jetzigen Zeit der durch die allgemeinen Wirtschaftslauten erzeugten Zuspitzung der Klassengegensätze sucht das Bürgertum dort Anschluß, wo die Niederknüpfung der Arbeiterschaft Programm ist. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann daher nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. K. E.

## Klassenkampf in Gerichtssälen

Der Kampf Klasse gegen Klasse wirkt sich nicht nur im Streik, Aussparungen, Demonstrationen usw. aus. Ein stiller Ringen wird auch in den Gerichtssälen ausgetragen. Die Arbeitsgerichte in Deutschland waren noch nie so beschäftigt wie heute. Von 1928 auf 1929 hat sich die Zahl der hier ausgetragenen Streitigkeiten um rund 50 000 auf 427 000 erhöht. Bei den Arbeitern stiegen die Verfahren um 92 vH und bei den Angestellten um 224 vH. 278 000 Prozesse werden bei den Arbeitern 1929 ausgetragen. Die Angestellten waren verhältnismäßig mit 110 000 Prozessen noch stärker vertreten. Die Revisionen beim Reichsarbeitsgericht nehmen um nicht weniger denn 26 vH zu. Diese Zahlen beweisen sehr deutlich die Verschärfung der sozialen Gegensätze. Es ist erfreulich, daß es in den Arbeitsgerichten eine Stelle gibt, wo der Arbeiter und Angestellte sein Recht suchen kann. Die Gewerkschaften können auf diese Erzeugnisse stolz sein. Wenn sich die Prozesse vor den Arbeitsgerichten in obigen Umfang vermehren, so kommt darin auch eine stärkere Arbeitslast der Gewerkschaftsfunktionäre zum Ausdruck. Denn die allermeisten der vor den Arbeitsgerichten anginge gesuchten Prozesse werden von den Gewerkschaftsstellen vertreten.

Die Nationale Automobil-Gesellschaft AG in Berlin-Oberschöne-weide ist eine Gründung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und besteht seit Oktober 1912. Die ersten Jahre standen im Zeichen der Kriegsgewinne. Während die Fabrikation zuerst in von der AEG gemieteten Räumen vor sich ging, wurden in den Jahren 1914 bis 1917 großzügige moderne Neubauten errichtet. Der stolze äußere Anblick der Werksanlagen steht aber leider in scharfem Gegensatz zu dem, was sich seit Jahren hinter ihren Mauern abspielt. Zwar wurde im Jahre 1924 noch eine Dividende von sogar 12 vH verteilt und in den beiden folgenden Jahren je 6 vH. Seitdem aber gibt es nicht nur keine Dividende mehr, sondern die Gesellschaft mußte im Vorjahre einen Verlust von 5,4 Millionen ausweisen, der sich jetzt auf nicht weniger als 14 Millionen gesteigert hat, und das bei einem Aktienkapital von 17 Millionen RM.

In dem vorjährigen Bericht wurden vielerlei Gründe für dieses schlechte Ergebnis, das den schlechtesten Abschluß aller deutschen Automobilfabriken darstellt, angeführt. In erster Linie wurde auf die angeblich ungenügenden deutschen Schutzzölle hingewiesen, ferner darauf, daß die Preise für deutsche Automobile nur zwei Drittel des Vorkriegsstandes betragen, während die Maschinenpreise auf 140 vH des Vorkriegspreises stehen. 2,8 Millionen RM des vorjährigen Verlustes wurden nach damaliger Angabe der Verwaltung allein durch die beim Verkauf von Droschken in Berlin entstandenen Verluste verursacht, da dieses früher günstige Absatzgebiet durch behördliche Maßnahmen schwer geschädigt worden sei. Der Hauptgrund für den großen Verlust des Vorjahres war aber, daß die Gesellschaft bei dem im Jahre 1928 durchgeführten Zusammenschluß mit der Prestowerke AG in Chemnitz, wie es im vorjährigen Geschäftsbericht hieß, „vom Mißgeschick betroffen wurde“.

Ein von den Prestowerken kurz vor der Übernahme herausgebrachter 6 Zylinder-Personenwagen, von dem schon einige Hundert verkauft waren, zeigte nach mehrmonatiger Betriebszeit schwere Konstruktionsfehler am Motor, und dieser fehlerhafte Motor mußte bei den verkauften und den auf Lager befindlichen Wagen, insgesamt bei 1200, herausgenommen und durch neue ersetzt werden, wollte die Gesellschaft nicht ihren guten Ruf einbüßen. Diese Umänderungsarbeiten fielen gerade mit der siebenwöchigen Metallarbeiter-Aussperrung in Sachsen zusammen. Bezeichnend bleibt, daß die Verwaltung diese Aussperrung in ihrem Bericht einen Streik nennt und auf diese Weise versucht, der — Arbeiterschaft die Schuld an diesem Verlust in die Schuhe zu schieben. Natürlich liegen die Dinge gerade umgekehrt: die Arbeiter und Angestellten sind wie immer die Leidtragenden.

Die Zahl der Beschäftigten betrug 1925 rund 5500, Ende 1928 noch 4298, jetzt aber nur noch 3000. Wie jetzt mitgeteilt wird, soll ein weiterer Abbau dieser so kräftig verminderten Belegschaft nicht mehr erfolgen. Dabei besteht die Absicht, von den drei Betrieben, dem Werk Berlin-Oberschöne-weide, dem Werk Chemnitz (frühere Prestowerke) und dem Werk Leipzig (frühere Dux-Automobilwerke) nur noch zwei aufrechtzuerhalten. Voraussichtlich wird das Werk in Berlin wegen seiner günstigen Lage an der Oberspreewäldersee weiterbetrieben werden. Es kann aber auch sein, daß gerade dieses Werk leichter verkauft werden kann und deshalb abgestoßen wird. Möglicherweise kommt es in Chemnitz nicht zu einer gänzlichen

Stillegung, sondern nur zu einer Stillegung der Fahrradherstellung, da der Fahrradabsatz immer mehr zurückgegangen ist.

Der Gesamtumsatz des Jahres 1928 hat 50 Millionen Reichsmark betragen, im Berichtsjahre 1929 ist der Umsatz aber auf 40 Millionen RM zurückgegangen. Der Auslandsabsatz hat sich nach dem Bericht der Verwaltung fast verdoppelt, nähere Angaben fehlen leider. Der Verlust, der schon im Vorjahre 5,4 Millionen RM betragen hat, nachdem der Reservefond von 1,8 Millionen Reichsmark und der Vortrag aus dem Vorjahre in Höhe von 450 000 RM verbraucht war, ist im Berichtsjahr 1929 bei normalen Abschreibungen allein um 2,92 Millionen Reichsmark größer geworden. Außerdem wurde aber eine Sonderabschreibung auf die Beteiligung an der gemeinsam mit Hansa-Lloyd und Brennabor betriebenen Verkaufsorganisation (Gemeinschaft deutscher Automobilfabriken, GdA) vorgenommen, und schließlich hiel man eine Abschreibung von 5,45 Millionen RM auf die Vorräte für erforderlich, so daß sich ein Gesamtverlust von 14,02 Millionen RM ergibt.

Der für den 4. Oktober einberufenen Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, jetzt ein Großreinemachen vorzunehmen. Es fehlte nicht viel und man hätte die Gesellschaft, obwohl sie technisch Gutes leistet (automatische Kupplung), zusammenbrechen lassen. Da bei NAG im Gegensatz zu den Adlerwerken und zu Daimler-Benz nicht eine Bank allein beteiligt ist, sondern mindestens vier (Dresdner Bank, Darmstädter und Nationalbank, Hardy & Co. und Allgemeine Deutsche Creditanstalt, Leipzig), da ferner die Großaktionäre nicht unter einen Hut zu bringen sind, hatte niemand ein überragendes Bedürfnis, rechtzeitig zu helfen. Als Großaktionär ist außer der Gründerin, der AEG, auch der Siemens-Konzern beteiligt, und zwar aus der im Jahre 1927 durchgeführten Übergabe der Fabrikation von Protos-Automobilen an die NAG mit 2 Millionen RM.

Der große Verlust soll nun auf die Weise herein gebracht werden, daß das jetzt 17 Millionen RM betragende Aktienkapital auf den zehnten Teil zusammengelegt wird. Dadurch entsteht ein Buchgewinn von 15,3 Millionen RM, so daß nach Deckung des 14-Millionen-Verlustes noch 1,3 Millionen RM für Rückstellungen übrig bleiben. Außerdem soll das Aktienkapital dann wieder auf 6 Millionen RM erhöht werden. Von den neuen Aktien will die AEG 3,3 Millionen RM übernehmen, die beteiligten Banken sollen 1 Million RM neuer Aktien unter die Leute bringen. Den Aktionären wird ein günstiges Angebot gemacht, dergestalt, daß die NAG-Aktien gegen gute Aktien der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft umgetauscht werden können. Die 3,3 Millionen RM neuen Aktien, die die AEG übernimmt, werden gegen Forderungen verrechnet, so daß der Gesellschaft aus der Aktienausgabe nur 1 Million RM bares Geld zufließt. Die beteiligten Banken haben sich deshalb veranlaßt gesehen, ihre restlichen Forderungen auf eine Reihe von Jahren festsetzen zu lassen und wollen der Gesellschaft außerdem ausreichende Betriebskredite zur Verfügung stellen. Insgesamt betragen die Finanzschulden bei Banken und Großaktionären 11,5 Millionen gegen 9,1 Millionen RM im Vorjahre. An langfristigen Schulden bestehen außerdem noch hypothekarisch gesicherte Obligationenanleihen im Betrage von 7 Millionen RM, wovon 5 Millionen auf dem Berliner, 2 Millionen RM auf dem Prestowerk in Chemnitz eingetragene sind.

## Folge des nationalsozialistischen Wahlerfolgs!

Der nationalsozialistische Wahlerfolg kommt dem deutschen Volke verheerend teuer zu stehen. Gleich nach dem Bekanntwerden des Wahlerfolgs setzte ein beträchtlicher Kursrückgang deutscher Wertpapiere an den Börsen ein, der bis zu 15 vH beträgt. Gleichzeitig begann eine verstärkte Kapitalflucht ins Ausland, die sich nach sachverständiger Schätzung auf 8 bis 10 Milliarden RM beläuft. Der Mangel an fremdländischen Zahlungsmitteln zwang die Reichsbank, 35 Millionen RM in Gold an die Banque de Paris und de Pays-Bas abzugeben. Weitere Goldüberweisungen sollen folgen, um den Kurs der deutschen Wertpapiere zu halten.

In diesen Vorgängen drückt sich nichts anderes aus, als daß das Vertrauen der inländischen wie der ausländischen Geldbesitzer zu Deutschland durch den nationalsozialistischen Wahlerfolg einen schweren Stoß erlitten hat. Und dies gerade zu einer Zeit, wo Deutschland mehr denn je auf Kapital angewiesen ist. Wie immer man sich die Behebung der Wirtschaftsnote oder der Geschäftsflaute denkt, ohne erheblichen Kapitalzufluß wird sie unmöglich sein. Wenn man aber die Kapitalisten dies- und jenseits der Grenze Kapital leihen sollen, so müssen sie Vertrauen zu dem Lande haben, das von ihnen Geld haben will. Dieses Vertrauen aber hat die Zunahme der faschistischen Wählerschaft zerstört. Die Folge kann sein, daß dem ohnehin schwer daniederliegenden deutschen Wirtschaftsleben die letzte Erholungsmöglichkeit genommen wird. Das kann den politischen Kindern, die mit dem nationalsozialistischen Stimmzettel zur Urne gingen, nicht deutlich genug vorgeführt werden.

## Fast drei Millionen arbeitslos!

Die zunehmende Belastung der Arbeitslosenversicherung hat, nach dem neuesten Bericht der Reichsanstalt, in der ersten Hälfte des September etwas abgenommen, die der Krisenunterstützung ist dagegen, übereinstimmend mit der allgemeinen Entwicklung am Arbeitsmarkt, weitergestiegen. Mit rund 1 583 000 Köpfen bleibt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung um etwa 3500 hinter dem Stande vom 31. August zurück. Zusammen mit den annähernd 450 000 Krisenunterstützten hat die Gesamtzahl beider Unterstützungseinrichtungen rund 1 962 000 erreicht und ist damit um etwa 15 000 höher als Ende August.

Erheblich stärker, um etwa 183 000, ist die Zahl der bei den Arbeitämtern gemeldeten verfügbaren Arbeitsuchenden gestiegen. Zu diesem Zugang haben sowohl umfangreiche neue Entlassungen beigetragen, deren Auswirkung auf die Ver-

sicherung erst im nächsten Bericht festzustellen sein wird, wie auch in einigen Bezirken die schärfere Erfassung von Wohlfahrtserwerbslosen. Setzt man diejenigen ab, die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren, so verbleibt Mitte September eine Zahl von rund 2 983 000 Arbeitslosen, in der, wie immer, ein gewisser Bestandteil an Erwerbsbeschränkten eingeschlossen ist. Das Anwachsen dieser Zahl gegenüber Ende August um ungefähr 100 000 Köpfe ist ein Zeichen dafür, daß die Wirtschaft weiterhin im Tiefstand verharrt.

## Krankenkassen-Ersparnisse durch die Notverordnung

In Nr. 37 der Zeitschrift „Deutsche Krankenkasse“ befindet sich ein interessanter Artikel des Geschäftsführers des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, Fritz Okraß, über die Ersparnisse, die sich bei den Krankenkassen durch die Notverordnung voraussichtlich einstellen werden. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und mit genauem Material belegt, geht der Verfasser Punkt für Punkt die einzelnen Posten durch. Dabei kommt er zu einer ganz anderen Schlußrechnung als die Regierung. Der Reichsarbeitsminister hatte eine Einsparung von rund 200 Millionen RM durch den Einnahmewachstum infolge der Krankenscheinegebühr und des Arzneikostenbeitrages und die verschiedenen Ausgabenentkennungen angenommen. Der genannte Verfasser kommt in seiner Berechnung zu einer Entlastung der Krankenkassen durch Einnahmewachstum und Ausgabenentkennung von 130,5 Millionen RM. Von dieser Summe gehen die Beträge ab, die durch Einnahmehausfall und Ausgabensteigerung in Höhe von 26,3 Millionen in Rechnung zu stellen sind. Es bleibt somit eine Entlastung der Krankenkassen von rund 104 Millionen RM, also die Hälfte der Summe, die die Reichsregierung angenommen hat.

Durch die Verminderung der Rücklage auf nur 1 vH des Jahresbetrags der Einnahme würde sich allerdings eine weitere Ersparnis von 33 Millionen RM ergeben. Da dieses Geld aber von den Krankenkassen nicht in einen Strumpf gesteckt wurde, sondern der Wirtschaft zur Verfügung stand, so kann man hier nicht von einer eigentlichen Ersparnis reden. Viel wesentlicher ist es, daß der Krankenstand aus natürlichen Gründen gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist. Durch die Verminderung des Krankenstandes ergibt sich allein bei dem Krankengeld eine Ersparnis von 85,7 Millionen RM. Diese Tatsache war aber vorhanden, ehe die Notverordnung in Kraft trat, und steht mit ihr in keinem Zusammenhang. Alles in allem kann festgestellt werden, daß die Regierung sich bei ihrem Drange, in das System der Sozialversicherung durch das Mittel der Notverordnung einzugreifen, ganz gewaltig verrechnet hat.





# Technik und Werkstatt



## Kraftwirtschaft soll Gemeinwirtschaft sein!

Von Alexander Rosam

Wir wissen nicht, ob es in früheren Zeiten Menschen gegeben hat, die über die Verschwendung von Natur-schätzen sich den Kopf zerbrochen haben. Wir wissen deshalb auch nicht, ob man überhaupt die Folgen solchen Raubbaues an der Natur und ihren Schätzen erkannt hat. Wir können nur mittelbar schließen, daß zum Beispiel im alten Mesopotamien und im nördlichen Indien der Verfall der hochentwickelten Bewässerungsanlagen durch die Einsicht hätte verhindert werden können, daß dadurch Verödung und Bewohnbarkeit des Landes herbeigeführt werden mußte. Bei diesen Beispielen handelt es sich allerdings fast nur um die Stoffnutzung an vorhandenen Naturschätzen und noch nicht um ihre kraftwirtschaftliche Verwertung. Dazu bot die gesellschaftliche Organisation der Arbeit noch keinen Anreiz. Die Energiewirtschaft ist also im wesentlichen erst ein Kind des Kapitalismus, eine Seite der Erschließung riesenhafter, vorher wirtschaftlich und technisch ungenutzter natürlicher Produktivkräfte.

Trotzdem hat man auch in der Vergangenheit verstanden, große Energiemassen zusammenzufassen und einheitlich anzusetzen. Berichtet doch Herodot, der griechische „Vater der Geschichte“, daß am Bau der Cheops-Pyramide 20 Jahre lang 100 000 Menschen gearbeitet haben. Man hat auch auf Grund der heutigen Einsichten in den energetischen Aufbau der menschlichen Arbeitsleistung den Energieverbrauch dieser „Menschenmotoren“ beim Pyramidenbau berechnet und ist zu einem Betrag von etwa 0,17 Milliarden Kilowattstunden gekommen. Wir würden heute zu diesem Zweck vielleicht 12 Krane zu je 40 Kilowatt ansetzen und unter Mitwirkung von etwa 500 Arbeitern die Pyramide in neun Monaten errichten. Die dabei verbrauchte Arbeit betrüge etwa 1,6 Millionen Kilowattstunden, das ist nur 1 vH der nach den Angaben von Herodot errechneten Arbeit. Der Wirkungsgrad der Arbeit ist also durch die Benutzung der natürlichen Energien ganz ungeheuer gestiegen.

Was es mit diesem Wirkungsgrad der menschlichen Arbeit auf sich hat, soll ein anderes Beispiel verdeutlichen: Jedem, der ein modernes Kraftwerk betritt, fällt das fast vollständige Fehlen von Menschen auf. Während im alten Ägypten Hunderte von Sklaven zusammengespannt wurden, um einen einzigen Steinblock vom Fuß der Pyramide zu ihrer Höhe hinaufzuzerren, beherrscht der moderne Mensch spielend gewaltige Energien. Einige wenige Menschen regeln die Zufuhr der Brennstoffe zu den Kesseln, die automatisch erfolgt, oder die in die Wasserturbine einströmende Wassermenge. Sie regeln ebenso die Stromerzeugung nach der automatisch angezeigten Belastungsspannung des Netzes; und die meisten Arbeitskräfte sind noch damit beschäftigt, die Verrechnung und Gebühreneinzahlung zu erledigen.

Wie einsam ist nun, in Zahlen ausgedrückt, der moderne Mensch, der Arbeiter und Angestellte, unter den Millionen Kilowatt und Milliarden Kilowattstunden? Nehmen wir das Rheinsch-Westfälische Elektrizitätswerk als Maß. Da werden rund 1 Million Kilowatt bereitgestellt, rund 3 Milliarden Kilowattstunden jährlich erzeugt. Ungefähr 250 Millionen Reichsmark Kapital arbeiten auf einem Gebiet von mehr als der Größe der Schweiz, nämlich rund 46 000 Quadratkilometer. Jeder ebendliche Lichtpunkt, der in diesem Reich der RWE aufglüht, ist aus dem Netz dieser Kilowatt-Milliardarin. Und wie viele Menschen helfen dabei, die 1,3 Millionen Pferdestärken an die 7 Millionen Verbraucher zu bringen? Der letzte Bericht sagt: 6400 Arbeiter und Angestellte überwachen, verteilen und verrechnen die 3 Milliarden Kilowattstunden. Im Durchschnitt registriert jeder Mensch über 500 000 Kilowattstunden, verwaltet ein Mann eine Energie von jährlich 500 000 Kilowattstunden. Die Tagesleistung eines Schwerarbeiters ist mit 130 000 Kilogramm anzusetzen; eine Kilowattstunde aber macht etwa ein Drittel Millionen Kilogramm aus. Also verwaltet im RWE ein Mann eine Arbeitsleistung von über eine Million unsichtbarer Arbeitssklaven. Das ist mehr als die Macht eines alten Pharaos!

Aber der Verwalter der 500 000 Kilowattstunden kann über diese Energien nicht verfügen. Darüber verfügen die Eigentümer der 250 Millionen Reichsmark Aktienkapital, die Gemeinden und auch Privatkapitalisten sind. Und diese wiederum sind vielfach abhängig von den Besitzern der energietragenden Rohstoffe, der Kohle und der Mineralöle. Die Energieträger selbst aber sind seit Jahrzehnten aufgespeicherte Strahlungsenergie der Sonne. Die Wasserkraft, die Windkraft, die im lebendigen Wachstum sich umsetzende Licht- und Wärmestrahlung, die uns Nahrung und Holz liefert und unser Klima bestimmt, dies alles ist Sonnenenergie.

Man kann sich die Größe der Ausnutzung der zur Erde gelangenden Sonnenenergie am besten dadurch klar machen, daß man die jeweilige Leistung der einzelnen energetischen Faktoren auf der Erde in Zeit umrechnet und die dabei errechneten Zahlen in Beziehung zueinander setzt. Nehmen wir an, daß das gesamte Arbeitsvermögen des lebenden Menschengeschlechts in zwei Sekunden verausgabt wäre, so entspricht dies ungefähr dem Wert der heute ausgenutzten Wasserkraft. Der Wert der ausnutzbaren Wasserkraft entspricht demgegenüber etwa der Leistung einer Minute. Der Energiewert der Jahresförderung an Kohle ergibt dann 2,5 Minuten, die Leistung des gesamten fließenden Wassers der Erde 18,5 Minuten. Der Betrag an Sonnenenergie, den die Pflanzen der Erde während eines Jahres für ihr Wachstum beanspruchen, wird auf eine Stunde berechnet, und

die Energie, die zur Verdunstung des Wassers auf der gesamten Erdoberfläche einschließlich der Meere umgesetzt wird, hat einen Wert von 83 Tagen. Die oben erwähnte von der Erde aufgefangene Sonnenwärme würde entsprechend mit 11 Monaten berechnet werden können.

Jeder Quadratmeter der Erdoberfläche bekommt im Jahre etwa 4 Millionen Kalorien ab, das sind etwa 16 Millionen Kilowatt. In unseren Breiten sind wir allerdings ungünstiger gestellt, wir liegen unter dem Erddurchschnitt und müssen uns mit 1 Million Kalorien begnügen. Dies entspricht etwa 160 Kilogramm guter Steinkohle. Diese Wärme setzt sich zum sehr großen Teil in Luftbewegung (Windkraft) und Wasserverdunstung (Wasserkraft) um. Wir brauchen also um die energie-wirtschaftliche Zukunft der Menschheit nicht allzu bange sein; denn wir dürfen hoffen, daß es gelingen wird, einen wesentlichen Teil von Wind- und Wasserkraft wirtschaftlich zu verwerten. Ja, wir dürfen auch damit rechnen, daß in nicht allzu ferner Zeit die Technik in der Lage sein wird, einen erheblichen Teil der Sonnenwärme, die auf die Erde strahlt, in nutzbare Arbeit umzusetzen. Es gibt schon solche „Sonnenkraftwerke“ im kleinen, und es ist nur eine Frage des Bedarfs, ob man in den Wüstengebieten von Nordafrika oder in Arizona bald an den Bau von größeren Anlagen gehen wird.

Hier jedoch, in dieser Frage, ob ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt oder nicht, besteht der grundsätzliche Unterschied zwischen kapitalistischer Energieausbeutung und energetischer Sozialwirtschaft. Denn der Kapitalismus denkt hinsichtlich der natürlichen Energievorräte der Menschheit in gar keiner Beziehung anders als hinsichtlich der Arbeitskraft des Menschen. Er treibt Raubbau mit ihnen und kümmert sich nicht weiter um die Folgen; für ihn sind die Erschöpfungszustände der ausgearbeiteten Kraftstofflager genau so gleichgültig wie die Erschöpfungszustände der ausgebeuteten menschlichen Arbeitskraft.

Es soll keineswegs verkannt werden, welche großen Fortschritte in den letzten Jahrzehnten bei der Ausnutzung des Energiegehaltes der gewonnenen Kraftstoffe gemacht worden sind, welche Steigerung des technischen Wirkungsgrades bei der Umsetzung von Energie in nutzbare Arbeit erzielt werden konnte. Diese Fortschritte sind aber nur dem Natur- wie Menschenkraft ausbeutenden Kapital zugute gekommen, das sich eben auch auf dem Gebiete der Energietechnik genau wie auf dem der Arbeitstechnik zur Rationalisierung wandte. Die Steigerung des technischen Wirkungsgrades, als Mittel zur Schaffung erhöhter Rentabilität, ohne gleichzeitige Steigerung des sozialen Wirkungsgrades, bedeutet in beiden Fällen, daß das Kapital bei der Schaffung von absolutem Mehrwert an eine Grenze gelangt war, die dazu zwang, auf die in der Schaffung des relativen Mehrwertes liegenden Reserven zurückzugreifen bei dem Bestreben zur Erhöhung der Profitrate.

Wie aber steht es mit der oben angeschnittenen Frage nach der Wirtschaftlichkeit neuer Formen der Energiegewinnung? Die technische Durchführbarkeit von Sonnenkraft, Gezeitenkraft, Windkraft und Niederwasserkraftwerken ist nicht mehr in Zweifel zu ziehen. Ihre Anlage ist aber in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch Grundrente und Zins und Profit für alle die vielen Bau- und Betriebsstufen derart vorbelastet, daß ihre „Rentabilität“ recht fraglich ist. Der wachsende Energiebedarf, der wohl zutreffender als „Energiehunger“ bezeichnet werden sollte, wird deshalb weiter unbefriedigt gelassen, indem man eine Tarifpolitik und Kraftstoffpreispolitik treibt, die die Wirkung verfolgt, den „Energiekorb höher zu hängen“. Oder man beutet weiter die bequem erreichbaren Brennstoffvorräte aus, ohne Rücksicht auf ihre sicher zu erwartende Erschöpfung. Als Beispiel sei an den fast von Jahr zu Jahr schroff wechselnden Anteil der Länder, in denen Erdöl gewonnen wird, an der Weltproduktion erinnert, der vielleicht besonders kraß die Wirkung dieser Erscheinung zum Ausdruck bringt. Und was die „bequeme“ Erreichbarkeit der Brennstoffvorräte betrifft, so ist dieser Umstand sicher nicht von dem Lebens- und Arbeitskreis des Bergmannes im Schacht her gesehen, sondern von dem Gewinnstreben der Schwerindustrie aus. Denn es ist sozial- und menschenwirtschaftlich unbedingt rationeller, jeweils große Anlagen zur Gewinnung einer der erwähnten, auf der Oberfläche der Erde verfügbaren Energiearten zu bauen, die zunächst zwar das Anlegen eines großen Betrages gesellschaftlicher Arbeit erfordern, dann aber nur geringer Wartung bedürfen, als immer wieder Hunderttausende von Männern der schweren, aufreibenden Arbeit unter Tage zu opfern, sie selbst und ihre vielfach dem Verkommen ausgesetzte Nachkommenschaft. Aber auch die Kohle kann weiter ihren Anteil zum Energiehaushalt der Menschheit beitragen; es liegen technisch einwandfreie Verfahren vor, die den Energiegehalt der Kohle unterirdisch zu gewinnen ermöglichen, also ohne sie erst abzubauen und zu fördern.

Aber diese zentrale Art der Energiegewinnung, ähnlich wie bei Braunkohle und Wasserkraft, setzt ihre Sozialisierung voraus. Denn die Gesellschaft darf es nicht dulden, daß sich weiter die Verfügungsgewalt über die grundlegende Produktion der heutigen Wirtschaft in den Händen von ein paar privaten Kapitalriesen befindet. Soziale Energiepolitik, Sozialphysik, ist der erste Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Wirtschaftsordnung, zu der sich die soziale Arbeitspolitik und die darüber hinausreichende Menschenökonomie bald gesellen würden. Vom Kapitalismus, der in seiner kleinlichen Denkweise der „Rentabilität“ befangen ist, haben wir

keine großzügige Ordnung des Energiehaushaltes der energiehungrigen Menschheit zu erwarten. Die Technik der Energiegewinnung, -verteilung, -verwertung und -speicherung ist den Forderungen, die der Sozialismus an sie wird stellen müssen, grundsätzlich schon nach ihrem heutigen Stande gewachsen.

Es kommt wirklich nur noch auf den entscheidenden Willen an, das ungeheure Kapital an seit Urzeiten aufgespeicherter und täglich neu gespendeter Sonnenenergie zu sozialisieren und nach erdumfassendem gesellschaftlichem Plan für die arbeitende Menschheit zu verwalten. Wir leben noch im Bereiche der ungebändigt „stürzenden Gewässer“. Sorgen wir dafür, daß unser „sichtbar gewordener Wille“ sich bald in eine „freiarbeitende und kraftgebietende“ menschliche Gesellschaft übersetzt haben wird.

## Schwenkbare Stahlhalter an Drehbänken

(Nachdruck verboten.)

Die Vorteile des schwenkbaren Stahlhalters stehen in innigem Zusammenhange mit denjenigen des Anschlagdrehens. Letzteres beruht im allgemeinen darauf, daß die auf der Drehbank zu erzeugende Drehlänge nicht mehr gemessen, sondern selbsttätig durch Einlegen von Parallel-Endmaßen zwischen die Räderplatte und einen festen Anschlag erzielt wird. Gegenüber dem gewöhnlichen Drehverfahren läßt sich die Arbeitszeit beim Anschlagdrehen auf ein Drittel verringern. Ein Kennzeichen des Anschlagdrehens ist die Verwendung eines schwenkbaren Stahlhalters, der an die Stelle des gewöhnlichen Kreuzsupports der Drehbank tritt. An Stelle eines einzigen Stahles kann man dann bis zu 5 Stähle arbeitsbereit eingespannt halten. Der schwenkbare Stahlhalter wird natürlich erst dann seine Vorteile richtig entfalten können, wenn man ihn an jeder Drehbank anbringen kann. Bei der bisherigen Form, die einen aus der Mitte der Stichelhausplatte hervorragenden Spannhebel besitzt, besteht ferner der Nachteil, daß immer beide Hände benutzt werden. Hiermit sind die Anforderungen an einen guten Stahlhalter gegeben.

Eine neue Konstruktion läßt nun den Spannhebel auf der Mitte der Stahlhalterplatte fortfallen, indem seine Tätigkeit vom Schwenkhebel mit übernommen wird. Für den Stahlwechsel durch den Schwenkhebel braucht man nunmehr nur eine einzige Hand. Einwärts, daß die Verringerung der Schaltzeiten auf etwa die Hälfte an sich unbedeutend ist, sind dahin zu berichtigen, daß sich solche Schaltvorgänge ständig wiederholen und mit der Zeit doch zu einer recht großen Zeitersparnis führen. Der Fortfall des Spannhebels hat aber noch den weiteren Vorteil, daß man sich dadurch eine freie Fläche schafft, die die Benutzung von Drehstäben beliebiger Länge und langer Bohrungen erlaubt. Die Verwendung auf Drehbänken verschiedenster Konstruktion macht auch keine Schwierigkeiten, wenn man dem Unterteil des Stahlhalters eine Zugabe zum Anpassen gibt.

Den schwenkbaren Stahlhalter üstet man am besten mit vier Stichelhäusern aus, auf deren zweckmäßigste Ausgestaltung neuerdings ein besonderer Wert gelegt worden ist. Bisher diente zur Höhenverstellung des Stahls eine auf der Unterseite gewölbte Stahlunterlage. Hierbei trat aber beim Neueinstellen des Stahls nach dem Abschleifen eine Schrägstellung ein, durch die der Schnittwinkel verändert wurde. Eine Verbesserung läßt sich aber dadurch erzielen, daß man an Stelle der glatten Stichelhauscheiben eine drehbare, abgesetzte Scheibe mit gekordeltem Rand nimmt. Da durch Drehen dieser Scheibe der Stichelhauskeil parallel nach oben verschoben wird, bleibt der Schnittwinkel des Stahls bei Neueinstellung auf Mitte unverändert.

Ing. K. T.

## Innenmattierung der Glühlampen

Um das von den Metallfadenlampen ausgehende Licht etwas milder und angenehmer zu machen, ist man schon seit langem dazu übergegangen, die Glasbirne zu mattieren. Man vermeidet dadurch, daß das Auge von dem stark blendenden Licht der Glühfäden getroffen wird, da durch dieses Verfahren eine Streuung des Lichtes an den kleinen Unebenheiten der Glasoberfläche eintritt. Die Mattierung erfolgt entweder mittels des Sandstrahlglases oder besser noch mit Hilfe der Flußsäure oder ihrer Salze, wobei jedoch Vorsicht am Platze ist wegen der großen Gefährlichkeit dieser Säure. Das Mattieren wurde bisher immer auf der Außenseite der Glasbirne vorgenommen und diese hierauf mit einem durchsichtigen Lack überzogen. Ein Fortschritt auf dem Gebiet der Beleuchtung ist nun die Innenmattierung der Glühlampen, die in den Lampenfabriken unter Verwendung besonderer Maschinen ausgeführt wird und in Kürze wohl allgemein zur Einführung gelangen dürfte. Einer der Hauptvorteile des neuen Verfahrens besteht darin, daß die Lampe viel weniger verschmutzt als die außenmattierte Birne und auch leichter sauber zu halten ist. Es wird dadurch nicht so viel Licht durch den auf der Glashülle sich ablegenden Staub verschluckt. Dazu kommt dann noch, daß — verglichen mit der bisherigen Glühlampe mit Klarglasglocke oder mit Außenmattierung — die Lichtverteilung eine bessere ist und scharfe Schatten und Lichtflecke vermieden sind. Die innenmattierte Lampe, die viel gefälliger aussieht als die anderen Ausführungen, wird von einem großen Lampenkonzern auf den Markt gebracht und dürfte künftig ausschließlich verwendet werden, zumal sie infolge ihrer bereits erwähnten Vorteile den Notbehelf der Außenmattierung überflüssig macht und die Lagerhaltung erleichtert.

## Was Maschinen leisten können

Bei dem anfangs Juli von den Gebrüdern Hunter erzielten Dauerflugrekord von 533 Stunden und 41 Minuten hatte der Flugmotor wohl die härteste Probe zu bestehen, der jemals solch eine Maschine ausgesetzt wurde. Während des ununterbrochenen Fluges wurden annähernd 60 000 km zurückgelegt, jedoch ist diese Zahl klein im Vergleich zu anderen gelegentlich der Spitzenleistung festgestellten Ziffern: die Drehzahl der Kurbelwelle betrug 52 Millionen; jedes Ventil öffnete und schloß sich 26 Millionen mal, die Zahl der Kolbenhübe war 104 Millionen, und jeder Kolben legte insgesamt einen Weg von 13 520 km zurück. Die vom Verdichter erreichten Umdrehungen betraffen sich auf 405 Millionen. Ein anderes Bild: Ein 13/40 PS Ford-Serienwagen fährt seit 11. Juni ununterbrochen Tag und Nacht die 2000 km betragende Strecke Berlin-München-Frankfurt a. M.-Kassel-Hannover-Hamburg-Berlin; am 5. September waren es 90 Tage, die insgesamt zurückgelegte Strecke erreichte zu dieser Zeit 90 000 km. Die Fahrt geht weiter, bis der Motor nicht mehr kann.





# Familie und Heim



## Maria Montessori

Die berühmte Italienische Kleinkindererzieherin Dr. Maria Montessori wurde am 31. August 60 Jahre alt. Jeder kennt den Namen der bekannten Erzieherin, deren geniale pädagogische Methode in allen Kreisen Gutes gestiftet hat, auch dort, wo es aus öffentlichen Mitteln möglich war, den Kindern der unbemittelten Bevölkerung die Montessori-Kindergärten zugänglich zu machen.

Professor Mortimer Standing, der langjährige Mitarbeiter von Frau Dr. Maria Montessori, antwortet auf die Frage: „Was ist denn das Neue und Besondere der Montessori-Methode?“ etwa folgendes:

Diese Methode ist eigentlich nichts anderes als der Versuch, auf die Erkenntnis weiter zu bauen, daß die geistige und seelische Einstellung des Kindes durchaus verschieden ist von der des Erwachsenen. Das Kind befindet sich dauernd im Zustand der Entwicklung und Fortbildung, der Erwachsene dagegen hat die Endform der Art in gewissem Sinne erreicht. Demgemäß ist auch der innere Rhythmus des Kindes ein anderer als der des Erwachsenen. Auch in der Art des Arbeitens prägt sich dieser Rhythmus aus. Der Erwachsene leistet Arbeit um eines Zweckes willen, für das Kind ist die Arbeit Selbstzweck. Deshalb sucht der Erwachsene die Arbeit zu rationalisieren, während sie das Kind gewissermaßen streckt.

Dieser Verfassung des kindlichen Geistes sind die Materialien der Montessori-Kindergärten und -schulen angepaßt. Jede überflüssige Hilfe hemmt die Entwicklung des Kindes. Maria Montessori hat dies einmal in dem Satze ausgesprochen: „Nie darf der Erwachsene an Stelle des Kindes handeln, wenn nicht eine absolute Notwendigkeit vorliegt.“

Dr. Maria Montessori kam deshalb auf den Gedanken, dem Kinde durch Schaffung geeigneter Ausrüstungs- und Spielgeräte (zum Beispiel niedriger Tischchen und Stühle, leicht beweglicher Spielmöbel, dem Kinde zugänglicher Waschgelegenheit und dergleichen) in seinem Drange nach Selbstständigkeit so weit wie möglich entgegenzukommen. Zur besseren Ausbildung der kindlichen Intelligenz schuf sie das bekannte eigentümliche Montessori-Spielzeug.

Unter der beschränkten Anzahl von Spielgegenständen und Lehrmitteln, die zur Verfügung stehen, haben die Kinder freie Wahl. Eine Beobachtung, über die schon W. Preyer in seinem Buch Die Seele des Kindes berichtet, ist auch von den Montessori-Lehrern immer wieder gemacht worden: nämlich der Trieb zur ständigen Wiederholung. Jede Beschäftigung wird freiwillig stunden- und wochenlang fortgesetzt. Erst wenn das Kind die Tätigkeit — ohne sich dessen bewußt zu sein — völlig beherrscht, verliert es das Interesse daran und geht zu einer neuen über. Zu den wichtigsten Grundsätzen der Montessori gehört die indirekte Vorbereitung. Schon Fröbel hat erkannt, daß jeder Entwicklungsphase des Kindes eine andere Tätigkeit entspricht. Diese Erkenntnis wird so ausgenutzt, daß man auf die verschiedenen Sinne des Kindes je nach der entsprechenden Lebensphase einwirkt. In einem bestimmten Alter ist zum Beispiel der Tassinn besonders entwickelt. So gibt man den Kindern Buchstaben mit rauher Oberfläche in die Hand, die sie durch Abtasten erlernen, genau wie der Blinde die Blindenschrift. Wenn dann die Gesicht-, Gehör- und Tasteindrücke zu einer gemeinsamen Empfindung zusammengefaßt werden, springt plötzlich die fertige Kenntnis gewissermaßen explosionsartig hervor. Das Kind erlernt nicht mühsam das Schreiben, es entdeckt die Schrift sozusagen aufs neue. Statt Quäl also das unerhörte Glückgefühl des Entdeckers.

Außer den durch das Alter bedingten Typen muß man natürlich nun auch die Konstitutionstypen der einzelnen Kinder berücksichtigen. Sie sind ja individuell untereinander verschieden. Daraus ergibt sich, daß es leichter ist, größere Klassen von dreißig bis vierzig Kindern zu unterrichten, als kleinere mit zehn bis fünfzehn. Kinder mit gleichen Interessen schließen sich zu Gruppen zusammen und bringen sich gegenseitig vorwärts. Man soll die Kinder nie stören, solange sie mit Lust und Liebe arbeiten, aber sofort einschreiten, wenn man sieht, daß das Interesse erlahmt und sie sich zersplittern.

Wenn Maria Montessori die Freiheit zum obersten Grundsatz erhebt, so ist Freiheit nicht gleich Zügellosigkeit zu setzen. Der freien Wahl der Beschäftigung soll ein geistiger Akt vorangehen. Das Kind soll wissen, warum es gerade diese und keine andere Tätigkeit erwählt.

Die Arbeit in der Schule soll nur eine Fortsetzung der Arbeit sein, die das Kleinkind bei der Erwerbung seines Bewußtseinsinhaltes und der Erfassung der Außenwelt schon von früh an leistet. Das Kind ist viel praktischer eingestellt, als wir Erwachsenen meinen.

Maria Montessori wurde in dem kleinen Städtchen Chiaravalle unweit Roms als Tochter des italienischen Beamten Alexander Montessori geboren. Ihre Mutter, Renilde Stoppani, stammte aus einer bekannten italienischen Schriftstellerfamilie. Kurz nach der Geburt des Kindes zogen die Eltern nach Rom, wo Maria Montessori zuerst die Volksschule und dann eine höhere Privatschule besuchte. Auf der Schule, die sie nur ungern besuchte, war sie wegen ihrer wilden Streiche der Schrecken ihrer Lehrerinnen. Sie besaß jedoch als einziges Mädchen unter lauter Kerben die Abitinentenprüfung; und nun begann für sie ein Studium unter so bemerkenswerten Umständen, daß sein schließlicher Abschluß das beste Zeugnis darstellt. Sie war die erste Frau, die sich in Italien zum Studium entschloß, und hatte es infolge der italienischen Prävencen auf der Universität nicht leicht, zumal sie das medizinische Fach gewählt hatte. In den Vorlesungen mußte sie einen isolierten Platz einnehmen, und da es ihr unter dem Drucke der italienischen „Moral“ nicht gestattet wurde, zu gleicher Zeit mit den männlichen Studenten an der Leiche zu partizipieren, so blieb

nichts anderes übrig, als die fleißige Studentin des Nachts Leichensaal der Anatomie einzuschließen. Doch die damals 21jährige Studentin ertrug alles mit heldenhafter Willensstärke, ja, sie konnte sich sogar beherrschen, als man ihr bei ihrer ersten Operation, bei der sie wider Erwarten nicht ohnmächtig wurde, ins Gesicht schleuderte, sie sei eine entartete Frau mit gefühllosem Herzen.

Nachdem Maria Montessori im Jahre 1886 die Doktorwürde der medizinischen Fakultät erworben hatte, arbeitete sie zunächst an der psychiatrischen Abteilung der römischen Universitätsklinik und in der Irrenanstalt, wo sich ihr Interesse, da sie Kinderärztin zu werden beabsichtigte, besonders den schwachsinnigen Kindern zuwandte. Durch diese Beschäftigung wurde sie zur Psychologie und Pädagogik hingeführt, und im Jahre 1902 studierte sie von neuem, diesmal Pädagogik, und konnte sich schon zwei Jahre später als Privatdozentin habilitieren. Im Verlauf der nächsten Jahre wurden die ersten Kinderhäuser in Rom von ihr gegründet, in denen sie die nach ihr benannte Erziehungsmethode entwickelt hat. Etwa zur gleichen Zeit beschäftigte sich die von Sozialisten in Mailand gegründete Anstalt „Umanitaria“ ebenfalls intensiv mit der Montessori-Erziehung.

Die Erziehungsmethode wurde zunächst nur an Schulkindern erprobt und erst später auf Anregung einer römischen Siedlungsbaugesellschaft auch für Kindergärten ausgebaut. 1909 erschien das erste Buch der Frau Dr. Montessori über ihre Methode in italienischer Sprache, und am 16. Januar 1913 konnte bereits der erste internationale Ausbildungskursus für Montessori-Lehrkräfte in Rom eröffnet werden. Im Winter 1926/27 veranstaltete Maria Montessori in Berlin einen Ausbildungslehrgang. Die inzwischen zu einer großen Bewegung angewachsene Erziehungslehre der Frau Dr. Montessori fand ihre vorläufige Krönung auf der ersten Internationalen Montessori-Konferenz in Helsingör (Dänemark), die vom 8. bis 21. August 1929 im Rahmen der Weltkonferenz für Erneuerung der Erziehung stattfand.

(Deutsche Techniker-Zeitung.)

## Arbeit und Schule

In Braunschweig, wo wir neben Hamburg die fortschrittlichste Schulverwaltung in Deutschland haben, beschäftigt man sich mit einer völligen Neugestaltung des Volksschulwesens. Hier sind verschiedene Schulreformer tätig, und die Reformen, die man da zu schaffen gedenkt, geschehen im Einverständnis mit den Volksschullehrern.

Eine der wesentlichsten Änderungen, die man zugleich mit der Neugestaltung der Volksschule plant, ist die Verlängerung der Schulzeit. Ein Gedanke, der auch in der Gewerkschaftsbewegung zur Erörterung stand. Allerdings plant man in Braunschweig eine Verlängerung der Schulzeit um zwei Jahre. Das bedeutet natürlich auch eine starke Belastung der vielen, wirtschaftlich schwachen Familien, und darum ist man sich in Braunschweig auch der Notwendigkeit der Unentgeltlichkeit der Lehr- und Unterrichtsmittel, der Schulgeldfreiheit und des Ausbaus der Erziehungsbeihilfen bewußt.

Was eine Verlängerung der Schulzeit für das Wirtschaftsleben bedeutet, zeigt eine Zahl, die man für das Jahr 1928 errechnet hat. Danach hält nur ein Schuljahr mehr, ein neuntes Schuljahr, dem Arbeitsmarkte 1317309 Vierzehnjährige fern, worin die Verbindung solcher Reform mit dem Arbeitslosenproblem klar zum Ausdruck kommt.

Bedeutungsvoll ist aber bei einer Verlängerung der Schulzeit auch die Frage der geistigen Reife der Jugend, über die man auf Grund neuer Untersuchungen vielfach andere Auffassungen als früher hat. Besonders lehrreich sind in der Beziehung Erhebungen, die man an Tausenden von Schülern und Berufsschülern in Leipzig machte. Nach den Angaben, die Ch. Bühler vom Psychologischen Institut in Wien in der „Erziehung“ hierüber macht, ist der Zeitpunkt, in dem die Jugendlichen am besten fähig sind, an Beruf und Arbeit heranzutreten, das 16. Lebensjahr. Während alle Äußerungen der Zwölf- bis Fünfzehnjährigen, so heißt es da, eine unzulängliche Einstellung zum Berufe zeigen, ist die Stellungnahme der Sechzehnjährigen lebensnah und verantwortungsbewußt. Demnach ist die Heraussetzung des Schalters ein Problem, das unsere starke Aufmerksamkeit verdient.

Dieses kritische Alter der Fünfzehn- und Sechzehnjährigen hat aber auch eine große Bedeutung für die, die noch weiter zur Schule gehen. Man hat bei jungen Menschen von 17 bis 20 Jahren, die noch den theoretischen Unterricht einer Schule besuchen, festgestellt, daß bei ihnen dieser Sinn für das Lebensnabe gelitten hat und das Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Leben zu verkümmern begann. Das Alter von 15 und 16 Jahren scheint demnach das Alter zu sein, das zu praktischer Beschäftigung mit dem Leben zwingt. Die praktische Energie kann dann nur in der Vorbereitung auf das Leben geföhlt werden. Das zeigt, daß unser ganzes Schulwesen einer Umgestaltung bedarf. Es geht nicht ohne das Praktische, das Schaffen, einen Werkunterricht, in dem sich auch das Theoretische der Schule zu erproben und zu bewähren hat.

Aus diesem Verkümmern des Sinnes für das Lebensnabe durch die Schule in diesen wichtigen Jahren kommt es vielleicht, daß die Intellektuellen so wenig Verständnis haben für die praktisch-sozialen Notwendigkeiten und die Aufgaben einer wirtschaftlich-sozialen Gestaltung. Die Schule muß von Grund auf eingestellt auf das Leben sein, daß die Menschen beruflich wie auch als soziale Glieder des Volkes ihre Aufgabe erfüllen können.

Darum ist der Gewerkschaftsbewegung außerst gelegen an einer psychologisch und wirtschaftlich richtigen Gestaltung unserer Schule, deren Reformbestrebungen mit der sittlichen Erziehung auch dem Arbeitsgedanken zu dienen haben, da er der praktische Kernpunkt des Zusammenlebens ist.

## Einsam in der Ehe

Im tiefsten Grunde seiner Seele ist jeder Mensch einsam, am schmerzhaftesten aber ist die Einsamkeit zu zweien, die Einsamkeit in der Ehe. Wo diese Einsamkeit nicht darin begründet ist, daß Menschen, die sich einst liebten, sich allmählich auseinandergerückt haben, sondern im Nichtverstehen der Charaktere, da ist eine Ehe oben kein Ehe mehr.

Es gibt bestimmte Typen von Männern, unter denen Ehefrauen immer leiden werden. Das ist der geborne Don Juan, dem immer wieder die Reize fremder Frauen locken, da ist u. a. der sogenannte „Hansstübel und Franzengast“, das heißt der Mann, der zu Hause in seiner Frau unbewußt, selbstständig

ist, sich gehen läßt und zu Fremden von bestrickender Liebesswürdigkeit ist. Sind solche Charaktere dann auch noch verschlossen und schwer durchschaubar, dann könnte man fast eine unglückliche Ehe prophezeien, wenn eine sehr gefühlvolle Frau die Ehepartnerin wird. Oft ist eine Ehe nur sehr schwer wieder zu heilen. Die Trennung, die wohl durch äußere Ursachen herbeigeführt worden ist, deren wahre Gründe aber tiefer liegen, ist in der Gegensätzlichkeit der Charaktere zu suchen. Oft will sich eine Frau nicht scheiden lassen. So gibt es für sie, wenn sie nicht weiter in Trost- und Mutlosigkeit versinken will, nur einen Weg: arbeiten. Man glaubt gar nicht, was strenge Arbeit für eine gute Ablenkung ist, wenn man Kummer hat. Im Beruf kommt sie auch wieder mit Menschen zusammen, was ohnehin schon eine Ablenkung ist. Es kann sein, daß der Mann von selbst wieder den Weg zurückfindet. Die Frau sollte aber von sich aus auch ruhig noch einmal den Versuch zu einer Versöhnung machen. Vielleicht hat der Mann inzwischen seine starre Haltung etwas verloren; dann kann noch einmal der Versuch gewagt werden, eine Ehe mit ihm aufzubauen. Ist er unverändert, abweisend, dann — so schwer es auch fallen wird — muß die Frau die Kraft finden, von sich aus Schluß zu machen. Nichts macht die Frau müder, verweifelter, unfähiger zu jeder Arbeit, und nichts ist nutzloser als einer verlorenen Sache nachzulaufen. Wenn man jung genug ist, um sich ein neues Leben aufzubauen, eine schlechte Erfahrung mit einem Manne gibt der Frau noch nicht das Recht, am Wert aller Männer zu zweifeln (genau so wenig, wie im umgekehrten Fall der Mann den Frauen gegenüber).

Wenn eine unglücklich vermählte Frau auch den Gedanken an ein neues glückliches Erleben begrifflicher Weise noch weit von sich weist, so soll sie doch den Glauben nicht verlieren, daß es auch für sie einmal ein wahres Glück geben kann. Es gehört Kraft dazu, mit seinem Schicksal fertig zu werden, aber diesen Willen zur Kraft, den müssen wir aufbringen, wenn wir lebensstüchtige Menschen bleiben wollen. Mit dem Schicksal zu hadern, ist unfruchtbar, aber sein eigenes und das oft noch weit schwerere Leid seiner Mitmenschen zu sehen und zu sagen „trotzdem“ — das heißt stark sein, und das gibt uns den Mut zum Weiterleben. Laura Linconna

## Der „unsaubere Straßenjunge“

Ich sitze, die Blätter fallen schon von den Bäumen, auf einer Bank in einem großen Park. Vor mir ein großer Sandhaufen, um ihn herum einige Jungen und Mädchen eifrig mit Burgen bauen und Kuchenbacken beschäftigt. Der Sand formt sich in ihren Händchen zu Häusern, Zinnen, Wällen, zu Torten, Sträusel- und Aschkuchen. Sehr sauber sehen sie trotz ihrer Tätigkeit aus; man sieht es ihnen an, daß sie aus „besseren“ Familien sind. Meine Feststellung wird durch das Vorhandensein zweier Kindergärtnerinnen bekräftigt. Mit Argusaugen wird jede Bewegung beobachtet; jedes Wort ihrer Pfleglinge wird belauscht. Ein kleiner Wolkopf springt plötzlich aus lauter Übermut auf dem Sandhaufen herum, dabei einige Burgen zertrampelt. Die eine der Kindergärtnerinnen weist ihn schimpfend zurück: Aber Gert, sei doch nicht so wild wie ein unsauberer Straßenjunge.

Lange wollte mir das Wort nicht aus dem Sinn. — Warst du nicht selber mal ein so „unsauberer“ Straßenjunge? — Einige Tage darauf durchwanderte ich eine der neuen Vorortstraßen und sah eine kleine Menschenansammlung. In dem Glauben, daß irgend etwas Außergewöhnliches vorgefallen sei, trat ich unter die Neugierigen. Als eine kleine Schupoabteilung die Menschen zerstreute, konnte ich die Ursache des Aufbaus sehen. Unter einem kleinen Auto lag, notdürftig mit Zeitungspapier zugedeckt, der Körper eines Menschen. Die Umstehenden konnten mir nur unzureichende Mitteilungen machen, doch war herauszuhören, daß ein kleiner Junge auf offener Fahrbahn überfahren worden war.

Ich startete auf das Zeitungspapier. An einer Stelle war das Blut des Jungen durchgesickert. Mein Atem ging langsamer. Als die Untersuchungskommission den Befund feststellte und fotografische Aufnahmen machte, sah ich einen kleinen Arbeiterjungen, barfüßig, mit geflickter Hose und ein ausgemergeltes Gesicht. Über seinen kleinen Brustkorb waren die Räder des Autos hinweggerast. Neben seinem ausgestreckten rechten Arm ein Reifen, ein Faßreifen, wie auch wir ihn zum Spielen benutzen. Noch einmal sah ich mir den toten Proletarierjungen an — dann ging ich davon. Auf dem Nachhausewege mußte ich an den kleinen Gert denken, und dann trat mir das Bild des „wilden, unsauberen Straßenjungen“, des toten, vor das Auge. W. J. Tucholke.

## Roman einer Schiffsfahrkarte

Da liegt sie tatsächlich vor mir auf dem Schreibtisch — die auf zwei Personen lautende Schiffsfahrkarte des Norddeutschen Lloyd, die am 26. April 1891 von einem Herrn Burbank aus Neujork erworben wurde, der mit dem Lloyd-Dampfer „Spre“ die Reise über den großen Teich anzutreten beabsichtigte. 39 Jahre — Menschenchicksale sind an ihr vorübergegangen, Krieg, Frieden... sie alle hat dieses kleine Stück Papier überdauert, das damit zum Dokument für die Großzügigkeit der Schiffsfahrtslinie wurde.

Im April 1891 also kaufte Herr Burbank diese Fahrkarte. Das war zu der Zeit, als sich der Norddeutsche Lloyd zum zweiten Male anschickte, mit einer Flotte von Schnelldampfern sein Prestige im Atlantikverkehr erfolgreich zu verstärken. Auch die „Spre“, auf der Herr Burbank reisen wollte, gehörte zu diesen neuen Schnellachtfen.

Aus irgendwelchen Gründen unterblieb aber die geplante Reise. Die Vertretung des Norddeutschen Lloyd hielt Herrn Burbank für eine spätere Reise gut. Jahre vergingen, voll von Krise und Aufstieg, voll von Erfolg und Mißerfolg in den Vereinigten Staaten als auch in Deutschland. Und man schrieb 1911, als besagte Karte wieder zum Vorschein kam, Burbank war gestorben. Den Erben, die die Fahrkarte unter seinem Nachlaß gefunden hatten, wurde vom Lloyd — nach 20 Jahren die volle Gültigkeit bestätigt. Aber wieder verschwand sie in der Versenkung. 1913 hieß es, sie sei verloren. Dann kam der Krieg. Millionen starben, ehe 1918 das Ende kam. Im Jahre 1927 tauchte die sagenhafte Karte wieder auf und sie wurde vom Norddeutschen Lloyd in ihrer Gültigkeit bis Jahresende 1928 bestätigt. Aber wiederum blieb sie unbenutzt, bis dann im Jahre 1930 ihre Stunde schlug.

Der Sohn von Herrn Burbanks Teilhaber — die Alten waren längst tot — plante eine Deutschlandreise. Man erinnerte sich der sagenhaften Fahrkarte, fand sie und händigte sie dem Lloyd ein, der sie annahm und — 39 Jahre nach dem Kauf — auf dem Schnell-Dampfer „Bremen“ ihrem Bestimmungszwecke zuführte. Sie liest sich seltsam, diese Geschichte einer Schiffsfahrkarte, und man könnte fragen: Warum so viel Aufhebens um ein billiges Papier? Aber es ist nicht angenehm, in schlechten Zeiten einem Zeugen aus der guten alten Zeit zu begegnen, einem Zeugen, der sich heute als blanker Beweis für deutsche Großzügigkeit vorstellt. Wir jedenfalls können Herrn Russell, der diese Fahrkarte schließlich benutzte, begreifen, wenn er sie sich vom Norddeutschen Lloyd als Kuriosum und Andenken angeboten hat. Und auch erhielt.



# Achte Tagung des Ausschusses des ADGB

Am 19. September trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in dem neuen Bau des Dresdner Volkshauses zu seiner achten Tagung zusammen. Die Sitzung wurde nach Dresden, an den Sitz des Hygienemuseums und der Hygieneausstellung, einberufen, um den führenden Gewerkschaftlern die Möglichkeit einer Besichtigung zu geben. Der Beratungsstoff paßte sich, neben der Erledigung der laufenden Gewerkschaftsgeschäfte, dieser Umgebung an. Der Hauptpunkt war ein Vortrag von Dr. Meyer-Brodnitz über den

## Stand der Gewerbehygiene

Der durch die Erläuterung unserer Forderungen und Vorschläge zum Ausbau der Sozialgesetzgebung ergänzt wurde. Dem Vortrag sei folgendes entnommen:

Die Gewerbehygiene, der Gesundheitsschutz im Betriebe, hat durch die Verordnung über Berufskrankheiten ihre gesetzliche Grundlage bekommen. So unscheinbar sich bei der Fülle der sozialpolitischen Gesetze und Verordnungen eine einzelne Verordnung ausnehmen mag, die eine beschränkte Anzahl — nämlich 22 — Berufskrankheiten den entschädigungspflichtigen Unfällen gleichstellt und somit in die Unfallversicherung einbezieht, so groß ist ihre praktische Bedeutung einerseits für den Gesundheitsschutz im Betriebe, andererseits versicherungsrechtlich für die Berufskranken. Sie ist zur Kernfrage der Gewerbehygiene geworden.

Die Wirkungen der Verordnung:

- I. auf die Krankheitsverhütung im Betriebe durch die Berufsgenossenschaften;
- II. versicherungsrechtlich bezüglich der Entschädigung und der Forschung;
- III. bezüglich unserer Forderungen an den Ausbau der Verordnung und der Wege, diese Forderungen durchzusetzen.

Der Schutz der Berufskrankheiten, soweit sie entschädigungspflichtig sind, fällt den Berufsgenossenschaften zu. Im gleichen Sinne wie durch Unfallverhütungsvorschriften, die im Betriebe durchgeführt werden, dem Entstehen von Unfällen vorgebeugt wird, muß nunmehr, nachdem einzelne Berufskrankheiten gleichfalls als Unfälle anerkannt sind, und somit durch ihre Entschädigungspflicht zu geldlichen Lasten für die Berufsgenossenschaften führen, das Entstehen von Berufskrankheiten verhindert werden. Dies versetzt die Berufsgenossenschaftsvorstände in die Zwangslage, ihrerseits Krankheitsverhütungsvorschriften zu schaffen und diese in den Betrieben durchzuführen. Die Gewerkschaften haben das Recht, beim Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften mitzuwirken. Es muß nun unsere Aufgabe sein, die Gewerkschaftsvertreter in dieser Tätigkeit zu schulen. Dem sind die Verbände nachgekommen.

Durch Einwirkung auf das Reichsversicherungsamt ist es dem Bundesvorstand gelungen, auch über das Reichsversicherungsamt, dem die endgültige Genehmigung von Unfall- und Krankheitsverhütungsvorschriften obliegt, dahingehend einzuwirken, daß das Reichsversicherungsamt uns zuzieht, oder die Berufsgenossenschaften veranlaßt, unsere Vertreter an den Beratungen zu beteiligen.

Die Verordnung über Berufskrankheiten ist ein völlig neues Rechtsgebiet. Diese Tatsache macht das Zögern verständlich, mit dem das Reichsversicherungsamt an die Schaffung einer Entschädigungspflicht für Berufskrankheiten herangegangen ist. Die Widerstände, die Witsell zu überwinden hatte, waren nach materieller und rechtlicher Hinsicht sehr groß. Nachdem es gelungen war, insbesondere die schweren Staublungenerkrankungen in die Verordnung aufzunehmen, wurden die Versicherungsämter und insbesondere der neugeschaffene Senat für Berufskrankheiten mit den sogenannten Rückwirkungsfällen überannt. Während im Jahre 1928 rund 4000 Anzeigen über Berufskrankheiten erfolgten, waren es im Jahre 1929 22 000 Anzeigen. Der neugeschaffene Senat für Berufskrankheiten hatte an 8000 Fälle zur Bearbeitung aufgebürdet bekommen. Die knappschaftliche Invaliden- und Krankenversicherung machte alle möglichen, durch Invalidisierung längst abgeschlossene Verfahren neu anhängig und zwang ihre Versicherten, auf Entschädigung für ihre Staublungenerkrankung zu klagen. Um die Durchführung der Verfahren zu beschleunigen, ist vom Reichsarbeitsministerium am 18. Juli 1930 eine neue Verordnung über das Verfahren des Senats für Berufskrankheiten in Kraft gesetzt worden. Nach dieser kann bei absolut klarliegenden Fällen ohne die Mitwirkung der Beisitzer aus Unternehmer- und Arbeiterkreisen und ohne mündliche Verhandlung entschieden werden (wen der Richterstatist mit dem Senatsvorsitzenden und den Ärzten bezüglich der Beurteilung der Sach- und Rechtslage einig ist).

Da die Entschädigungspflicht für Berufskrankheiten erst 1 1/2 Jahre in Kraft ist, ist eine statistische Übersicht über ihre Auswirkung noch nicht beizubringen. Immerhin läßt sich sagen, daß leider die Berufsgenossenschaften in sehr engerlicher Weise verfahren, und daß insbesondere von der Kannbestimmung, eine Übergangsgrenze zu gewähren, nur in den seltensten Fällen Gebrauch gemacht wird. Dabei ist gerade in dieser Bestimmung der soziale Charakter der Verordnung am stärksten ausgeprägt, denn sie erlaubt in vielen Fällen, in denen nur die spezielle Arbeit oder eine persönliche Überempfindlichkeit zur Krankheit führt, eine Umschulung. Das trifft besonders zu für Haut- und andere Krankheiten, die immer wieder rückfällig auftreten, wenn der kranke Arbeiter nicht die Arbeit wechselt.

Nach welcher Richtung hin hat nun der Ausbau der Verordnung zu geschehen? Welche Berufskrankheiten sind geeignet und reif, neu in die Verordnung aufgenommen zu werden, und wie kann dies erreicht werden?

Die größte Schwierigkeit bei Schaffung der Verordnung machte die Aufnahme der

## schweren Staublungenerkrankung

Das Wort „schwer“ wurde in letzter Stunde vom Reichsrat hinzugefügt und ist der Anlaß dafür geworden, daß in vielen Fällen, welche Anspruch auf Entschädigung billigerweise hätten, die Versicherungsrichter zu ablehnendem Bescheide kommen. Am schwersten aber wird empfunden, daß die Entschädigungspflicht für Staublungenerkrankungen sich nur auf einzelne Industriezweige, wie Sandsteinbearbeitung, Metallschleiferet, Bergbau- und Porzellanindustrie beschränkt.

Ebenso ungerecht ist die Beschränkung der Entschädigungspflicht für Hautkrankheiten auf Galvanisierungsarbeiten und auf einzelne bestimmte chemische Körper der Pech- und Anstrichengruppe. Es bleibt dem Arbeiter und übrigens auch jedem anderen unverständlich, warum zum Beispiel in der Galvanisierungsabteilung eines Metallbetriebes die Hauterkrankungen entschädigt werden, in der danebenliegenden Revolverdreherei aber Hautschäden durch Leichtöl- und Seifenwasser nicht erstattet sind. Bei der großen Verbreitung von Hautkrankheiten in fast allen Industriezweigen wäre es das Beste geblieben, wenn sich der Gesetzgeber den Vorschlag des ADGB zu eigen gemacht hätte, alle gewerblichen Hauterkrankungen von einer gewissen Schwere ab, gleichviel, wie sie entstanden sind, zu entschädigen. Eine zwar nicht häufige, aber durch die Schwere ihrer Symptome — schwere Lebensschädigungen, Nervenstörungen und Erblindungen — bedeutungsvolle Berufskrankheit sind die Vergiftungen durch die Halogenen-Kohlenwasserstoffe, das sogenannte Tri. Das Athylchlorid und derartige Stoffe werden in

der Textil- und Metallindustrie zum Entfetten benutzt. In der wissenschaftlichen Literatur der letzten Jahre sind mehrere Fälle beschrieben. Die genannten chemischen Körper bedürfen unbedingt der Aufnahme in die Verordnung über Berufskrankheiten.

Durch die geltende Verordnung ist Lärmschwerhörigkeit, die an Taubheit grenzt, nur als Berufskrankheit anerkannt, soweit sie in der Metallindustrie vorkommt. Ähnliche Schäden sind aber auch in der Textilindustrie und besonders im Bergbau bei der Arbeit mit Preßluftschlämmern in den Stollen zu beobachten, wo der starke Wiederhall den gesundheitsschädlichen Lärm noch verstärkt.

Es schweben noch Verhandlungen über die Berufserkrankungen, die als Augenzittern bei den Bergleuten und als Zittern bei den Arbeitern an Schuhanklopfmaschinen bekannt sind. Hier haben die Gewerkschaften Unterlagen beigebracht.

Der Himmel der Sozialpolitik ist im allgemeinen stark bewölkt, und die Stunde ist nicht glücklich, auch für noch so berechnete sozialpolitische Forderungen. Wie lassen sich unsere Forderungen nach Erweiterung der Verordnung praktisch in die Tat umsetzen? Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Verordnung über Berufskrankheiten vom Jahre 1929 erst so kurz zurückliegt, daß weitgehende Erfahrungen und statistische Übersichten über ihre praktische Auswirkung noch nicht vorliegen. Aus diesem Grunde besteht weder im Reichsversicherungsamt noch im Reichsarbeitsministerium Neigung, sie augenblicklich zu erweitern. Wenn trotzdem empfohlen wird, an den Reichswirtschaftsrat mit diesbezüglichen Wünschen heranzutreten, so geschieht dies deswegen, weil erfahrungsgemäß im Ausschuss des Reichswirtschaftsrates für Berufskrankheiten die Beratungen sehr eingehend gepflogen und ausführliche Sachverständigenutachten herangezogen werden. Ihre Beschaffung erfordert Zeit, und so glaube ich doch, daß auch jetzt schon Anträge über bestimmte Krankheiten vom Bundesvorstand an den Reichswirtschaftsrat gerichtet werden sollten.

Die Beschaffung von Material aus Gewerkschaftskreisen und von den Zentralverbänden begegnet erheblichen Schwierigkeiten, die nicht etwa in mangelnder Beachtung ihren Grund haben, sondern darin, daß es sehr schwer ist, hieb- und stichfeste ärztliche Gutachten zu bekommen.

Redner ging dann etwas näher auf die

## Internationale Hygiene-Ausstellung und das Deutsche Hygiene-Museum

ein und unterzog sie einer Kritik. Die Schaffung des Deutschen Hygiene-Museums ist eine große, in ihrer Art einzig dastehende Kulturthat. Die Internationale Hygiene-Ausstellung verdient wegen ihrer imponierenden Größe und der gewaltigen, mühevollen, jahrelangen Kleinarbeit, die zu ihrer Durchführung erforderlich waren, gleichfalls Hochachtung.

Wenn wir uns trotz aller von uns geäußerten Bedenken an dem Ausstellungsteil „Arbeits- und Gewerbehygiene“ direkt und über die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene beteiligt haben, so geschah dieses, weil der Ausstellungsteil „Arbeits- und Gewerbehygiene“ in seinem Hauptstück vom Deutschen Hygiene-Museum übernommen wird und so bleibenden Wert behält.

Hinzu kommt, daß die Ausstellung „Arbeits- und Gewerbehygiene“ als Wanderausstellung durch ganz Deutschland ziehen soll. Über 30 Ortsausschüsse haben für diese Wanderausstellung schon Interesse gezeigt und den Wunsch geäußert, sie in ihren Städten zu beherbergen. Wir hoffen, daß von einer solchen übersichtlichen Wanderausstellung ein starker Belehrungswert für den Gesundheitsschutz ausgehen wird, insbesondere sollen jugendliche Erwerbslose die Ausstellung gezeigt bekommen.

Noch ein Wort zur Internationalen Völkerversammlung, auf der

## der Russenpavillon

Interessantes bietet. Reklametechnisch ist seine Aufmachung ausgezeichnet. Die Einzelheiten sind aber so verwirrt und unübersichtlich, daß man sich ohne Führung kaum durchfinden kann. Die Russen haben sich nicht, wie die anderen Völker es getan haben, und es bei einer Hygiene-Ausstellung üblich ist, auf die Darstellung hygienischer Tatsachen beschränkt, sondern man sieht auch Dinge, die keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der Hygiene haben und allgemein sozialpolitischer Natur sind.

Das Deutsche Hygiene-Museum selbst, dessen Mitglied wir sind, hat dauernden Wert und verdient jede Unterstützung. Es fertigt in seinen Werkstätten Anschauungsmaterial für die ganze Welt an. Filme, Lichtbildserien, Einzelausstellungen durchziehen ganz Deutschland. Im letzten Jahre wurde in 76 Orten hygienisches Lehrmaterial gezeigt und die Veranstaltungen von 923 000 Personen besucht. Hinzu kommt nun, daß künftig das Hygiene-Museum selbst zahlreiche Besucher von Dresden und außerhalb anlocken wird, was vom gewerkschaftlichen Standpunkt zu begrüßen ist, denn von ihm geht ein starker Antrieb für die Verbreitung hygienischen Wissens und zur Schärfung des gesundheitlichen Bewusstseins der arbeitenden Bevölkerung aus.

Die riesige Hygieneausstellung in Dresden ist die Rückschau auf eine gewaltige wissenschaftliche und praktische Entwicklung des Gesundheitswesens im letzten halben Jahrhundert. Die Leistungen der Hygiene sind nur möglich und weiter zu steigern, wenn die allgemeinen sozialen Verhältnisse der breiten Massen sich heben.

Hygiene ist nicht eine Frage der Belehrung. Wer möchte nicht gern vor dem eigenen Häuschen sitzen im Garten, wer hätte nicht gern Sonne in den Zimmern, Blumen an den Fenstern und saubere Betten und äße nicht gern kalorienreiche Nahrung und viel Obst und Gemüse? Das sind nicht Fragen der Hygiene, sondern das sind Erfolge, die nur erzielt werden können durch den Kampf der Arbeiterklasse und Besserung ihrer sozialen Lage, um besseren Lohn, bessere Wohnung, besseres Essen, um ihren gebührenden Platz an der Sonne.

Der zweite Vortrag behandelte die

## „Volksfürsorge“

Gehalten wurde er vom Geschäftsführer Streine-Hamburg. Er schilderte die Entstehung, den außerordentlich günstigen Stand, die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten und die hohen sozialen und volkswirtschaftlichen Aufgaben dieses großen Instituts der Volksversicherung. Von den Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften im Jahre 1912 ins Leben getreten — zur Beseitigung der Mißstände, die bis dahin bei der Volksversicherung einer Reihe privater Versicherungsgesellschaften bestanden haben, und zur Rettung der von der Arbeiterschaft dort eingezahlten Gelder für Zwecke der Gemeinwirtschaft und von der Arbeiterschaft selbst bestehenden Einrichtungen — hat die Volksfürsorge unter weitestgehender Sicherung nach den strengen Vorschriften des Privatversicherungsgesetzes und der Vorschriften des Reichsversicherungsamtes eine glänzende Entwicklung genommen. Steht sie doch nach der Zahl der bei ihr abgeschlossenen mehr als 2 Millionen Versicherungsverträge an erster und nach der vereinbarten Versicherungssumme in Höhe von mehr als 900 Millionen an dritter Stelle aller Lebensversicherungsgesellschaften. Ihr Vermögen beträgt zurzeit 117 Millionen RM. Davon sind u. a. rund 67 Millionen in erststelliger Hypothek und 29 Millionen RM an Gemeinden vorwiegend für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau angelegt und dienen so den breiten Massen des Volkes. Den gewinnberechtigten Versicherten fließen die durch einen gut durchgeführten Verwaltungsapparat und trotz günstiger Versicherungsbedingungen

erzielten Überschüsse als Dividende zu. Deren Höhe betrug im letzten Jahre 30 vH bzw. 35 vH der eingezahlten Jahresprämie und wird mit den üblichen Zinsen bei Auszahlung der Versicherungssumme im Todesfall oder beim Erleben des natürlichen Ablaufs des Versicherungsvertrages mit ausgezahlt. Die dafür den Versicherten gutgeschriebene Summe beträgt gegenwärtig bereits 20 Millionen RM, die ebenso wie die annähernd 90 Millionen RM betragende Prämienreserve nebst den gesetzlich vorgeschriebenen und für besondere Situationen und unvorhergesehenen Ereignissen gebildeten besonderen Reserven den Versicherten weitestgehende Sicherheit bieten.

Nebenher wurden die natürlichen Vorteile einer Lebensversicherung gegenüber den Geldanlagen bei Sparkassen, besonders auch unter Berücksichtigung der von der Volksfürsorge gewährten Gratunfallversicherung durch Auszahlung der doppelten Versicherungssumme bei Unfalltod auseinandergesetzt und hervorgehoben, welche Garantien dafür bestehen, daß es einen Verfall der eingezahlten Prämien auch dann nicht gibt, wenn der Versicherte gezwungen ist, die Versicherung aufzuheben. Auch das Wesen und die Nachteile der sogenannten Abonnementsversicherung wurden erwähnt. Eingehend schilderte Genosse Streine die Grundsätze und Praxis, die die Leitung der Volksfürsorge bei der Anlage der ihr durch die mehr als 2 Millionen Versicherten anvertrauten Kapitalien und bei der Festsetzung der Zinsen für langfristige Gelder befolgt. Im Vordergrund steht das Interesse der Versicherten, indessen dürfen auch die notwendigen Rücksichten auf gemeinnützige Darlehensnehmer nicht aus dem Auge gelassen werden. Auch die im Flusse befindliche Aufwertung der vor der Inflation erfolgten Leistungen der Versicherten wurde zahlenmäßig belegt.

Der Vertreter des Bundesvorstandes Schulze sprach über den Plan der Gründung einer

## Holdingsgesellschaft der Gewerkschaft

Bekanntlich ist die Mehrzahl der Volkshäuser schon seit Jahren in einer Arbeitsgemeinschaft vereint. Da die Arbeitsgemeinschaft wünschte, daß der Bundesvorstand ihre Zusammenschlußbestrebungen unterstütze, ist von seiner Seite die Arbeitsgemeinschaft planmäßig im Sinne der Schaffung einer Holdingsgesellschaft beeinflußt worden. Grundsätzlich bestanden überhaupt nur zwei Möglichkeiten für die Zusammenfassung: 1. in Form eines eingetragenen Vereins (Beitragszwang, Revisionszwang, Abnahme des Organs), oder 2. in Form einer Holdingsgesellschaft.

Entscheidend für die Wahl der Form konnte ausschließlich die Zweckbestimmung sein. Was sollte durch den Zusammenschluß erreicht werden? Den Vertretern der Gewerkschaftshäuser schwebte dreierlei vor: 1. durch Machtspruch des Bundesvorstandes alle Gewerkschaftshäuser zum Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft zu zwingen; 2. durch die Revisionskontrolle, die dann erfolgen könnte, eine korrekte Beitragsleistung durchzusetzen und 3. mit diesen Mitteln die Möglichkeit zu erhalten, einen besoldeten Leiter der Arbeitsgemeinschaft einzustellen.

Den Vertretern des Bundesvorstandes schien diese Zweckbestimmung nicht ausreichend. Aber selbst wenn man sich auf sie beschränkt hätte, so würde doch eine Arbeitsgemeinschaft oder auch ein eingetragener Verein kein geeignetes Instrument darstellen, um sich im Bedarfsfalle die erforderliche Anerkennung verschaffen zu können. Die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft war ohne Zweifel schon deshalb eine Notwendigkeit, weil die Gewerkschaftshäuser eine Instanz zur gegenseitigen Beratung brauchten. Aber damit allein ist es nicht getan. Nach Ansicht der Bundesvertreter war es unbedingt erforderlich, 1. das in den Gewerkschaftshäusern investierte Vermögen für die Gewerkschaften unangreifbar sicherzustellen; 2. eine ständige sachgemäße Kontrolle über die Gewerkschaftshäuser durch Revisionszwang ausüben; 3. darauf bedacht zu sein, alle erreichbaren steuerrechtlichen Vorteile sicherzustellen und 4. eine juristische Körperschaft zu schaffen, die für alle Häuser, auch für neuzugründende Unternehmungen, die allein berufene Rechtsstelle sein kann.

In den Gesellschaftsverträgen der bestehenden Unternehmungen herrscht heute ein buntes Durcheinander. Alle Gesellschaftsformen sind vertreten. Angefangen vom primitivsten eingetragenen Verein, der eingetragenen Genossenschaft, der G. m. b. H. bis zur offenen Handelsgesellschaft. Die ersten beiden Formen sind nichts anderes als die Garantie für die laut Verzeichnis beim Amtsgericht eingetragenen Vereins- bzw. Genossenschaftsmitglieder, daß sie die Privateigentümer des Besitzes sind, obwohl in zahllosen Fällen die Gewerkschaften und andere Körperschaften die Anteile bezahlt haben. An einer Reihe von Beispielen bewies der Redner, wie anfänglich oft der Inhalt der Treuhänderverträge sei, wie groß die Gefahr, daß die Gewerkschaften ihres Besitzes verlustig gehen könnten.

Die Überführung der Arbeitsgemeinschaft in einen eingetragenen Verein würde noch keine Möglichkeit schaffen, die notwendige Revisionskontrolle auszuüben bzw. sie zu erzwingen. Auf diese Möglichkeit kommt es aber an, weil die Geschäftsführung der Häuser in vielen Fällen aus Mangel an geschultem Personal zu wünschen übrig läßt. Ohne laufende Zwangsrevision ist auch eine wirksame steuerrechtliche Betreuung nicht möglich. Daher kamen die Bundesvertreter zu dem Schluß, daß ein fester Zusammenschluß der Häuser nur dann einen wirklichen Wert habe, wenn die Gewerkschaftshäuser in eine besondere Dachgesellschaft aufgehen und der vorhandene Vermögensbesitz der neuen Gesellschaft effektiv übereignet wird.

Dieser Plan ist im September des vergangenen Jahres einer Konferenz von Geschäftsführern der Gewerkschaftshäuser und Vertretern der beteiligten Ortsausschüsse vorgelegt worden und fand bei der großen Mehrheit entschiedene Zustimmung. Es blieb nur übrig, eine Reihe von organisatorischen Vorfällen zu klären. Diese Vorarbeiten sind jetzt zur Zufriedenheit abgeschlossen. Der Bundesvorstand hat daher in Verbindung mit der Treuhändergesellschaft, die bei der Arbeiterbank besteht, den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages ausgearbeitet. Der Bundesvorstand schlägt die Gründung einer Holdingsgesellschaft vor, deren gesamtes Gründungskapital im Betrage von 50 000 RM der Bundesvorstand übernimmt. Das ausschlaggebende Stimmrecht im Aufsichtsrat und in der Gesellschaftsversammlung muß selbstverständlich immer im Besitze des Bundesvorstandes bleiben.

Die neue Holdingsgesellschaft wird sich also auf die sachgemäße Kontrolle und Verwaltung des Besitzes beschränken. Für die ausreichende Kontrolle wirkt der Revisionszwang. Die Revisionen werden auf Kosten der Gesellschaft durchgeführt. Die Revisionskosten werden der wesentlichste Teil der gesamten Verwaltungskosten sein, da die Betreuung der Häuser sonst keinerlei größeren Verwaltungsapparat bedarf. Sie werden aufgebracht durch die Umlage bei den angeschlossenen Häusern. Die Holdingsgesellschaft wird die Überführung der Gewerkschaftshäuser in ihren Besitz nur in einem sehr langen Zeitraum durchführen können. Sie wird infolgedessen auch die Geschäfte der jetzigen Arbeitsgemeinschaft übernehmen müssen, wofür die Kosten wie bisher durch die Beitragsleistung der angeschlossenen Häuser in Höhe von 1 vH ihres Umsatzes aufgebracht werden. An Stelle des jetzigen Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft wird eine Kommission des Aufsichtsrates der Holdingsgesellschaft treten.

Der Bundesausschuß stimmte dem Vorschlag des Bundesvorstandes, eine Holdingsgesellschaft mit 50 000 RM aus den Mitteln des Bundesvorstandes zu errichten, ohne Aussprache einstimmig zu. (Fortsetzung auf Seite 318)





# Verbandsleben



## Achtung! Verleumder!

In kommunistischen Zeitungen wird der Wortlaut eines Rundschreibens veröffentlicht, das angeblich unser Vorstand im Jahre 1929 den Geschäftsführern und Ortsverwaltungen des DMV zugesandt haben soll.

In diesem Rundschreiben wird darauf hingewiesen, daß die württembergischen Industriellen, und vor allem die Metallindustrie, in der nächsten Zeit Versuche nach der Richtung des Preisabbaues unternehmen werde, „um dadurch einen Lohnabbau zu ermöglichen“. Dann heißt es weiter: „Wo derartiges durch industrielle Unternehmungen versucht wird, biete man die Hand und arbeite mit. Wir ersuchen Euch also allen Ernstes, die vorliegenden Mahnungen zu beachten: „Mit den Füßen auf dem Boden zu bleiben.“

**Dazu muß gesagt werden, daß der Vorstand unseres Verbandes ein derartiges Rundschreiben weder veranlaßt, verfaßt, noch versandt hat.**

Diese Behauptung der kommunistischen Zeitungen ist eine infame Lüge. Sie wurde ersonnen, um nachweisen zu können, „daß dadurch die DMV-Bürokratie den Lohnräubern unerhörte Zuhälterdienste geleistet hätte“. Damit glauben die kommunistischen Drahtzieher ihre Zersetzungsarbeit erfolgreicher gestalten zu können.

Von Moskau ist der Befehl gekommen, kommunistische Gewerkschaften in Deutschland zu gründen: deshalb sind die Trabanten der Moskauer Zentrale verpflichtet, mit Lügen, Verdächtigungen und Verleumdungen zu arbeiten, damit die kommunistischen Gewerkschaftsgründungen Zulauf erhalten.

Kollegen, weist die kommunistischen Verleumder und Spalter entschieden zurück!

## Zur „reformierten“ Reform Die Opfer der Sanierungskünste klagen

Zu unserm Aufsatz „Die reformierte Reform“ in Nr. 33 der MZ gehen uns Klagen von Leidtragenden der „Sanierungskünste“ des Herrn Stegerwald an. Wir geben eine dieser Klagen, die von einem Verbandsmitglied in Köln stammt, hier wieder, und fügen, weil zahlreiche Arbeiter in der gleichen Lage sind, die Antwort gleich an. Der Kollege von Köln schreibt:

„Ich habe mich am 9. August d. J. wegen Stilllegung arbeitslos gemeldet. In den vorhergehenden zwei Jahren habe ich mit Ausnahme der Zeit vom 18. Dezember 1929 bis 7. Januar 1930 (insgesamt drei Wochen, für die ich Unterstützung bezogen habe), ununterbrochen gearbeitet. Laut Verdienstbescheinigung betrug mein Durchschnittsverdienst der letzten 26 Wochen 59,89 RM die Woche. Meiner Meinung nach gehöre ich dann doch in Lohnklasse X. Das hiesige Arbeitsamt rangiert mich jedoch in Lohnklasse VIII, also zwei Klassen niedriger. Auf meine Frage gab mir der Beamte des Arbeitsamtes die Auskunft: Weil ich die letzten 18 Monate nicht ununterbrochen gearbeitet habe, müsse ich laut Notverordnung zwei Klassen niedriger eingestuft werden.“

Zusammengefaßt: Ich bin seit Bestehen der Arbeitslosenversicherung stets voll beschäftigt und damit auch versichert gewesen, und habe mit Ausnahme der vorher genannten drei Wochen, noch keine Unterstützung bezogen. Besteht nun die Kürzung der Unterstützung zu Recht? Wenn ja, auf welche Bestimmungen der Verordnung stützt sich die Kürzung? — Bemerkungen möchte ich noch, daß mein Wochenverdienst bis zu meiner ersten Meldung der Arbeitslosigkeit am 18. Dezember 1929 70 RM betrug und ich demgemäß auch damals in Klasse XI eingestuft wurde.“

Zur Aufklärung diene folgendes:  
Für die Bemessung der Arbeitslosen-Unterstützung werden gemäß § 105 Abs. 1 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 11 Lohnklassen gebildet. Für die Zugehörigkeit des Arbeitslosen zu der einzelnen Lohnklasse ist das Arbeitsamt maßgebend, das er im Durchschnitt der letzten 26 Wochen seiner Arbeiterfähigkeit vor der Arbeitslosmeldung bezogen hat.

Nun hat jedoch die Notverordnung der Regierung vom 26. Juni durch ihren vierten Abschnitt (erster mit Arbeitslosenversicherung überschreitender Titel, Abschnitt I, Ziffer 15) dem Gesetz einen § 105a eingefügt. Dieser bestimmt im ersten Absatz, daß Arbeitslose der Lohnklassen VII bis XI die Unterstützungssätze ihrer Klasse nur dann erhalten, wenn sie in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung die auf den Erwerb der Anwartschaft folgenden mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, ohne daß ihnen zwischen Beginn und Ende ihrer Beschäftigungszeit Arbeitslosen-Unterstützung gewährt worden ist. In dem hier oben angeführten Falle nun hat der Kollege seit Einführung der Arbeitslosenversicherung, mit Ausnahme einer dreiwöchigen Frist vom 18. Dezember 1929 bis 7. Januar 1930, stets eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt. Die für den erstmaligen Bezug 52 Wochen und nach Ausstrichung für den Wiedererwerb des Bezugsrechts 26 Wochen betragende Anwartschaft ist also erfüllt. Der neue § 105a führt aber neben der Anwartschaft für den Unterstützungsbezug noch eine Anwartschaft für die Unterstützungshöhe ein. Diese verlangt eine nicht durch Unterstützungsbezug unterbrochene Beschäftigungszeit von 52 Wochen. Bei der Arbeitslosmeldung des Kollegen am 9. August lag diese nicht vor. Demzufolge treten für ihn die weiteren Bestimmungen des § 105a Abs. 1 ein. In diesen wird ausdrücklich, daß bei Fehlen dieser ununterbrochenen Beschäftigungsdauer Versicherte der Klasse VII nach Klasse VI, der Klasse VIII nach Klasse VII, der Klasse IX nach Klasse VIII und der Klasse XI nach Klasse IX unterstützt werden.

Diese Kürzung tritt jedoch nur für die Hauptunterstützung ein, nicht für Familienzuschläge. Diese werden nach § 105 nicht nach § 105a berechnet.

Soweit der gesetzliche Stand der Dinge, wie ihn die Notverordnung geschaffen hat, ihre Auswirkung ist, daß diejenigen, die öfter von Arbeitslosigkeit heimgesucht werden, und die sogenannten Saisonarbeiter in niedrigeren Klassen, als ihr Lohn und Beitrag bestimmt, eingestuft werden. Kurz, daß die Arbeiter, die die Unterstützung am nötigsten brauchen, benachteiligt werden. Weiter hat die Notverordnung die Wirkung, daß der Mann, der noch in Stellung steht, sich möglichst deckt, vieles hinausgeschleckt, um in die Stellung zu halten. Kurz, die Notverordnung läuft darauf hinaus, den Arbeiter gefügiger zu machen und das was war, eher der Gründe, die die Regierung bestimmt, ihre Notverordnung so wie geschaffen zu formulieren.

## Lehrlinge unterliegen der tariflichen Regelung

Durch verbindlich erklärten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Leipzig ist in einem zwischen der Schlosserzwannginnung und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anhängigen Schlichtungsverfahren eine Festsetzung der Aufwandsentschädigung und der Ferien für die im Schlosserhandwerk beschäftigten Lehrlinge erfolgt. Die Schlosserzwannginnung klagt auf Feststellung der Nichtigkeit des Schiedsspruchs. Sie macht geltend, daß der Lehrlingsvertrag im Schlosserhandwerk ein Erziehungs- und Lehr-, aber kein Arbeitsvertrag sei und der tarifvertraglichen Regelung nicht unterliege. Auch habe der Schiedsvertrag nicht für verbindlich erklärt werden dürfen, weil der beklagte Verband nur einen geringen Bruchteil der bei den Mitgliedern der Schlosserzwannginnung beschäftigten Lehrlinge in sich vereinige. Die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Verbindlichklärung hätten nicht vorgelegen.

Die Innungsmeister sind anscheinend der Meinung, daß sie noch wie früher die Lehrlinge ausbeuten können und wollen mit der tariflichen Regelung nicht einverstanden sein. Mit den freigewerkschaftlichen Organisationen, die für bessere Arbeitsbedingungen der Lehrlinge eintreten, lehnen sie Verhandlungen ab und verlangen gerichtliche Entscheidung. Das Landesarbeitsgericht wies die Klage der Schlosserzwannginnung ab. Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsarbeitsgericht kostenpflichtig zurückgewiesen: Es handelte sich um einen Schiedsspruch, der für verbindlich erklärt sei. In diesem Schiedsspruch sei besonders betont, daß die tarifvertragliche Regelung auch auf die Lehrlinge übergehe. Der Revision sei deshalb der Erfolg zu versagen gewesen. (RAG 86/30.)

## David Fuhrmann †

Am 15. September verschied plötzlich an Gehirnschlag Kollege David Fuhrmann in Saarbrücken. Er wurde 1903 als Agitationsbeamter in Mainz angestellt, war später im Siegerland, Oberstein, Saarbrücken, Bremen, Luxemburg, Stuttgart und zuletzt in Saarbrücken für den Verband tätig. Im Jahre 1920 kam er als Regierungsrat zur Saar-Regierung, wo er es bis zum Ministerialdirektor brachte. Im April 1924 ließ er sich pensionieren. Aber auch jetzt gönnte er sich noch keine Ruhe. Trotz seines Alters war er noch für Partei und Gewerkschaft tätig. Er ließ es sich nicht nehmen, persönlich an Hausagitationen für den Verband teilzunehmen. Manchen Kollegen hat er dem Verband zugeführt. Die Metallarbeiter des Saargebietes werden dem wackren Kameraden ein dauerndes Andenken bewahren.

## Nun auch Lindcar-Nähmaschinen

Das Lindcar-Fahrradwerk ist ein Unternehmen der Freien Gewerkschaften. Die Aktien befinden sich bei den Gewerkschaftsverbänden oder bei der Arbeiterbank. Dieses Werk hat in den letzten Jahren den erfolgreichen Versuch gemacht, die breite Masse mit hochwertigen Produkten der Fahrradindustrie zu versehen. Die in eigener Fabrik hergestellten Fahrräder wurden entweder durch eigene Filialen oder durch die Gewerkschaften (Ortsausschüsse usw.) vertrieben. Nun wird ein neues Massenverbrauchsprodukt, die Nähmaschine, in den Fabrikationskreis einbezogen.

Es handelt sich bei dieser Nähmaschine um ein hochwertiges Fabrikat, das mit dem Zentralsystem ausgestattet ist, vorwärts und rückwärts näht und über einen automatisch versenkbaren Transporteur verfügt. Mit der Einführung der Lindcar-Nähmaschinen ist das Werk einem Wunsche nachgekommen, der des öfteren in den Gewerkschaftskreisen laut wurde. In den Großniederlagen des Werks wurden eine Reihe von Kollektiven vorgebildet, um nicht nur beim Verkauf von Nähmaschinen den Käufern beratend zur Seite zu stehen, sondern auch in Kursen, die kostenlos abgehalten werden, die Käuferinnen mit den Nähmaschinen selbst, und mit Nähen, Sticken, Stopfen vertraut zu machen. Somit bleibt das Lindcar-Fahrradwerk seinem Grundsatz: Dienst am Kunden treu, indem es nicht nur um den Absatz bemüht ist, sondern auch Kenntnisse über den Gebrauch der Maschine vermittelt.

Die Lindcar-Nähmaschine wird in mehrfacher Ausführung von den einfachsten bis zu den feinsten Schrankmöbelmodellen hergestellt. Die Preise sind verhältnismäßig niedrig angesichts dessen, daß es sich hier um ein hochwertiges Produkt handelt. Um es auch der ärmsten Proletarierfrau zu ermöglichen, Lindcar-Nähmaschinen zu kaufen, ist, getreu dem alten Grundsatzes, eine Teilzahlung bis 24 Monatsraten, die auch in Form von Wochenraten geleistet werden können, zugelassen.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten auch dieser neuen Zweig des Lindcar-Werks unterstützen werden. Wer hinfür in den Gewerkschaftsfamilien eine Nähmaschine braucht, wende sich an seine gewerkschaftliche Organisation oder an eine Filiale des Lindcar-Werks.

## SCHRIFTENSCHAU

Das Buch vom Bauen. Von Albert Sigrist. (Wohnungsnot — Neue Technik — Neue Bankunst — Städtebau.) 212 Seiten. Kunstdruckpapier. Großformat. Mit zahlreichen Illustrationen. Halbleinen Einbandentwurf Jan Tschichold, München Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61, 1930. Preis 4,80 RM (für Mitglieder Sonderpreis). Zum erstmaligen wird hier der Versuch gemacht, Baulpolitik, Bauwirtschaft und Bankunst so in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen darzustellen, daß sie für den dankbaren Arbeiter verständlich werden. Als Ausgangspunkt und grundsätzliche Methode dienen die Grundgedanken des wissenschaftlichen Sozialismus. Die revolutionäre Auswirkung der modernen Baultechnik wird ebenso beleuchtet wie die Ausbenterfunktion des Bauspekulanten und der großen Finanzierungsbanken. Veränderte Lebensgewohnheiten, die Auflockerung der Familie usw. erzeugen das Bedürfnis nach veränderten Siedlungsformen. Über 50 Bilder aus verschiedenen Arbeitsgebieten des modernen Bauwesens erläutern den in allgemeinverständlicher Sprache geschriebenen Text. Das Buch stellt die praktische Tagesarbeit, die im Kampf gegen Wohnungsnot und Mietwucher zu leisten ist, hinein in den allgemeinen Zusammenhang, in das Werden einer Kultur der arbeitenden Klasse, und betont scharf die politischen Voraussetzungen, so die der kulturelle Aufstieg der Arbeiterschaft gebunden ist.

Der Klassenkampf. Sozialistische Politik und Wirtschaft. Erscheint am 1. und 15. jeden Monats in der E. Laubschen Verlagbuchhandlung, Berlin W 30. Preis monatlich 0,85 RM. Die neueste Nummer behandelt vornehmlich die Frage: Was hat die Sozialdemokratie nach diesem Wahlausfall zu tun? Folgendes ist die Nummer besonders für den sozialistischen Funktionär sehr aufschlußreich.

Mit Graf Zeppelin nach Süd- und Nordamerika. Reiseindrücke und Fahrtbeobachtungen. Von J. Breithaupt. Mit 53 Aufnahmen. Geschmackvoll kartoniert 4 RM. Verlag von Moritz Schäfer, Lehr (Baden).

## Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem 5. Oktober, ist der 41. Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. Oktober 1930 fällig.

Der 19. Verbandstag in Berlin hat eine neue Beitragsklasse 3b mit dem Wertaufdruck 36/4 auf der Beitragsmarke beschlossen. Diese Klasse 3b gilt für invalide, ausgesteuerte und nicht bezugsberechtigte Mitglieder, die Anspruch auf Invalidenunterstützung erwerben wollen. Die neue Beitragsmarke kommt ab 40. Beitragswoche (28. September 1930) zur Verwendung.

## Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:  
Der Schlosser Otto Barnick, geb. am 18. November 1888 zu Schönebeck, Mitgliedsbuch Nr. 5489 595, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

## An die auswandernden Mitglieder.

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben, müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § 5 Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

## Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von Carosierarbeitern aller Branchen nach Basel St.;  
von Metalldruckern nach St. Louis in Ober-Elsaß (Fa. Gröninger, Aluminiumfabrik) D.;  
von Silberarbeitern nach Burgdorf i. Hann. A. u. St.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Ausperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

## Fortsetzung vom Bericht der Ausschuß-Tagung des ADGB

Darauf gab Graßmann den

## Geschäftsbericht des Bundesvorstandes

In einer schwierigen Lage befindet sich die Heimvolkshochschule Tinz. Der nationalsozialistische Innenminister Frick in Thüringen hat den Staatszuschuß für die Schule gestrichen. Die Streichung erfolgte zu Unrecht, da die Pflichten des Staates gegenüber der Schule auf Staatsvertrag beruhen. Deswegen wurde in der Angelegenheit eine Klage beim Staatsgerichtshof erhoben; inzwischen mußten Mittel zur Durchführung der Kurse bereitgestellt werden.

Vor kurzem ist die „Kreditanstalt für öffentliche Arbeiten“ ins Leben gerufen worden; in den Aufsichtsrat sind die Kollegen Leipart und Spliedt eingetreten.

Die Zahl unserer Vertreter im Kuratorium des Instituts für Konjunkturforschung ist nach einer Vereinbarung mit dem Institut vermehrt worden; Vertreter sind die Kollegen Leipart und Eggert, Stellvertreter Georg Schmidt und Dr. Arons.

Graßmann erinnerte an die Ablehnung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat im Reichstag, und besprach die Lage, die dadurch für den Vorläufigen RWR entstanden ist, und erörterte die Möglichkeiten, die Frage der Schaffung des Endgültigen RWR bald in Gang zu bringen.

Auf Grund der Arbeiten eines zur Untersuchung der Tätigkeit der Bausparkassen eingesetzten Arbeitsausschusses hat der Bundesausschuß sich veranlaßt gesehen, die Gewerkschaftsmitglieder vor der Beteiligung an solchen Bausparkassen zu warnen.

An der Unterstützungsaktion zugunsten der Hinterbliebenen der Opfer des Grubenunglücks bei Neurode hat sich der Bundesvorstand mit einer Gabe von 5000 RM beteiligt; der Betrag wurde dem Bergarbeiter-Verband zur bestimmungsgemäßen Verwendung zur Verfügung gestellt. Für die Vereinigung der Kinderfreunde hat der Bundesvorstand einen Zuschuß von 1000 RM bewilligt.

Die Übersiedelung des Büros des IGB nach Berlin wird zum 1. April 1931 stattfinden. Die Vorbereitungen für die Übersiedelung sind eingeleitet. Die nächste Vorstandssitzung des IGB wird sich mit der Wahl des Nachfolgers Sassenbachs als Generalsekretär der Internationale zu beschäftigen haben. Der Kongreß in Stockholm hat in den Ausschuß des IGB gewählt: Graßmann als ordentliches Mitglied und Aufhäuser als Stellvertreter. Im August hat in der Bundesschule die erste vom IGB veranstaltete internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder stattgefunden. Das Beisammensein währte eine Woche. Es hat einen guten Verlauf genommen und auf die Teilnehmer, die aus 13 Ländern nach Berlin gekommen waren, einen guten Eindruck gemacht.

Graßmann besprach dann die durch die Wahlen entstandene Lage. Er begrüßte es lebhaft, daß die Gewerkschaften mit ihrem entschiedenen Eintreten für die Sozialdemokratie in erheblichem Maße zu dem für die SPD günstigen Wahlausgang beigetragen haben.

Diese Auffassung Graßmanns wurde in der Aussprache, in der wiederholt auf den Wahlkampf und sein Ergebnis eingegangen wurde, gebilligt. Ferner beschäftigten sich die Redner mit den Angelegenheiten des IGB und seiner Übersiedelung nach Berlin.



# Arbeitslosigkeit in England

Seit dem Jahre 1921 ist die Arbeitslosigkeit in England immer sehr umfangreich gewesen. Die Gesamtzahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen nahm von 11 081 000 Mitte 1921 auf 12 094 000 Mitte 1929 zu, wobei in Betracht kommt, daß anfangs 1928 über 200 000 Personen im Alter von 65 Jahren und darüber aus der Versicherung ausschieden, da ihnen nunmehr Anspruch auf Altersrente zukommt.

Die Zahl der um die Jahresmitte arbeitslos versicherten Personen ging von etwa 2 1/2 Millionen 1921 auf 1,1 Millionen 1924 zurück, um hernach wieder auf 1,7 Millionen 1926 zu steigen; diese Zahl war allerdings durch den Streik der Kohlenbergarbeiter mit bedingt. In den letzten drei Jahren waren Ende Juni jeweils 1,1 bis 1,2 Millionen Arbeitslose vorhanden. Inbegriffen sind dabei sowohl Vollarbeitslose wie auch Kurzarbeiter, deren Arbeitszeitgang so bedeutend war, daß sie, wenn die anderen Voraussetzungen zuträfen, zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung berechtigt waren.

Der Arbeitslosenstand betrug im Jahresdurchschnitt 1921 nahezu 17 vH und 1922 über 14 vH der Versicherten. Seitdem bewegte er sich stets zwischen rund 10 und 12 vH. Den geringsten Umfang wies die Arbeitslosigkeit 1927 auf (nicht ganz 10 vH). Im laufenden Jahre nahm sie wieder stark zu.

Bemerkenswert sind die gebietsweisen Verschiedenheiten des Umfangs der Arbeitslosigkeit. In London und Südengland sind viel weniger versicherte Personen arbeitslos als in Nordengland, Schottland und Wales. Im Jahre 1929 zum Beispiel betrug die durchschnittliche Arbeitslosenziffer in London 5,6 vH, in Südostengland 5,6 vH, in Südwestengland 8,1 vH, in Mittelengland dagegen 9,3 vH, in Nordengland 13,5 vH, in Schottland 12,1 vH und in Wales 19,3 vH. Diese Unterschiede bestehen schon seit einer Reihe von Jahren und sie verringern sich nicht, sondern werden eher größer. Ihr Hauptgrund ist darin zu erblicken, daß die Ausführungsindustrie, die am meisten unter der Wirtschaftskrise leidet, ihre wichtigsten Mittelpunkte in Nordengland und Südschottland hat. Die große Arbeitslosigkeit in Wales ist durch die Verhältnisse im Kohlenbergbau veranlaßt.

Die Wirksamkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise wurde in den letzten Jahren gesteigert. Die Zahl der gemeldeten freien Stellen stieg von 1 436 000 1927 auf 1 510 000 1928 und 1 779 000 1929, die Zahl der Stellenvermittlungen nahm zu von 1 253 000 1927 auf 1 327 000 1928 und 1 554 000 1929.

Zur Arbeitsannahme in Übersee, namentlich in Australien, Neuseeland und Kanada, erklärten sich 1929 nur 22 127 Personen bereit und bloß 7157 erhielten Arbeitsgelegenheit zugewiesen, und zwar 5914 in Kanada, 1183 in Australien, 39 in Neuseeland und 21 in anderen Ländern.

Arbeitslosenunterstützung bezogen im wöchentlichen Durchschnitt 1927 786 000, 1928 954 000 und 1929 964 000 versicherte Personen. Die Kosten der Unterstützung machten 1927 37 Millionen Pfund Sterling aus, 1928 und 1929 je über 44 Millionen Pfund Sterling. Von den Unterstützungsgeldern wurden im Jahre 1929 42 385 000 Pfund Sterling unmittelbar durch die staatlichen Arbeitsnachweise und 1 974 000 Pfund Sterling durch Verbände ausbezahlt, die mit dem Arbeitsministerium diesbezügliche Vereinbarungen getroffen haben.

Die Gesamtausgaben der Arbeitslosenversicherung waren in den Jahren 1928 und 1929 wie folgt

|   | 1928              | 1929              |
|---|-------------------|-------------------|
|   | Pfund Sterling    |                   |
| Unterstützungen . . . . .                           | 44 250 606        | 44 358 935        |
| Verwaltungskosten . . . . .                         | 5 061 328         | 5 295 925         |
| Rückzahlungen an über 50- oder 60-Jährige . . . . . | 32 528            | 49 605            |
| Zinsen für Vorschüsse . . . . .                     | 1 295 042         | 1 300 554         |
| Andere Ausgaben . . . . .                           | 129 849           | 167 538           |
| <b>Zusammen</b>                                     | <b>50 779 353</b> | <b>51 172 557</b> |

Der Unterschub betrug Ende 1928 31 790 724 Pfund Sterling und Ende 1929 37 940 594 Pfund Sterling.

Die Zahl der strittigen Ansprüche von Hauptunterstützungswerbern, die zur Entscheidung an die Versicherungsbeamten verwiesen wurden, betrug 1929 nahezu eine Million, nämlich 940 500. Davon wurden nur 286 000 bewilligt, 654 000 jedoch abgewiesen. Verhältnismäßig wurden die meisten Abweisungen damit begründet, daß die Arbeitslosigkeit der Bewerber nicht nachgewiesen war (251 000 Fälle), oder daß die Bewerber ihre Arbeitsplätze freiwillig verlassen (94 000) oder wegen Verschulden verloren hatten (55 000).

Streitfälle betreffend die Zahlung von Familienunterstützung gelangten in 155 000 Fällen vor die Versicherungsbeamten. In 114 000 Fällen wurde ihnen ganz oder teilweise entsprochen, in 41 000 Fällen wurden sie abgewiesen.

# Amerikanische Löhne für Europa

Der Automobilkönig Henry Ford hat, wie hier seinerzeit berichtet wurde, die Absicht, in seinen außeramerikanischen Werken die gleichen Reallohne zu zahlen wie in Detroit. Um herauszufinden, wie hoch in jedem dieser nichtamerikanischen Werke der Geldlohn zu sein habe, um den Reallohn von Detroit zu erreichen, hat Ford das Internationale Arbeitsamt ersucht, die Reallohne der hier in Frage kommenden Orte zu ermitteln. Der Beginn wurde in Detroit gemacht. Zwei Dutzend statistische Fachleute vom Arbeitsstatistischen Amte in Washington waren wochenlang in Detroit, um mitzuhelfen. Das Ergebnis dieser keineswegs einfachen Ermittlung wurde gleich darauf in der Monatsschrift des amerikanischen Arbeitsamtes, der Labor Review, veröffentlicht. Der Leiter des Arbeitsstatistischen Amtes, der berühmte Statistiker Ethelbert Seward, nennt diese Arbeit die erste wissenschaftliche Ermittlung des Reallohnes. Wir wir aus Washington erfahren, wird die Arbeit jetzt in Europa fortgesetzt.

Nun zu dem Ergebnis, das die Ermittlung in Detroit ergeben hat. Es wurde dort die Lebenshaltung von 100 Familien von Fordarbeitern untersucht, und zwar nur solche Familien, die ausschließlich auf das Einkommen des Haushaltungsvorstandes angewiesen sind. Dieses Einkommen beträgt im Jahresdurchschnitt 1694,63 Dollar. Dazu kommen etwa 17,24 Dollar Nebeneinkünfte (Autoreparaturen und ähnliche Arbeiten), so daß mit einem Gesamteinkommen von 1711,87 Dollar gerechnet wird (6,87 Dollar je Schicht bei 250 Arbeitsagen). Auf Grund der von amerikanischen Amt für Statistik errechneten Unterlagen verteilen sich die Ausgaben wie folgt, wobei ein Fehlbetrag von 7,96 Dollar jährlich verbleibt.

|   | 100 Familien — durchschnittliche Kopfzahl 4,5 Personen |                         |
|---|--|-------------------------|
|   | Jährliche Ausgaben                                     | Hundertatz v. Einkommen |
|   | Dollar   | v. Einkommen            |
| Nahrungsmittel  | 556,12   | 32,3                    |
| Bekleidung für Haushaltungsvorstand   | 63,59  | 3,7                     |
| Bekleidung für Hausfrau   | 59,21  | 3,4                     |
| Bekleidung für Kinder   | 87,87  | 5,1                     |
| Wohnung   | 388,81   | 22,6                    |
| Heizung und Beleuchtung   | 103,20   | 6,0                     |
| Hausrat und Einrichtungsgegenstände   | 88,55  | 5,2                     |
| Lebensversicherung  | 59,16  | 3,4                     |
| Verkehrsmittel  | 37,40  | 2,2                     |
| Ausgaben für Krankheitsfälle (Gesundheitspflege)  | 64,73  | 3,8                     |
| Schule  | 6,41   | 0,4                     |
| Waschmittel   | 16,64  | 1,0                     |
| Friseur   | 12,37  | 0,7                     |
| Verschiedenes (Beiträge für Vereine, Kirchen usw., Geschenke, Theater, Kino, Reisen, Ausflüge, Tabak, Telefon, Auto usw.) | 155,77   | 10,2                    |
| <b>Zusammen</b>   | <b>1719,83</b>   | <b>100</b>              |

Da das Statistische Reichsamt im Jahre 1927/28 Haushaltrechnungen von deutschen Arbeiterfamilien veröffentlicht hat, ist ein gewisser Vergleichsmaßstab vorhanden, wenngleich hier berücksichtigt werden muß, daß die durchschnittliche Lebenshaltung des amerikanischen Arbeiters zweifellos unter derjenigen des Fordarbeiters liegt. Demnach verteilen sich die Ausgaben wie folgt:

|                         | Hundertatz des Einkommens des deutschen Arbeiters | des Fordarbeiters |
|-------------------------|---|-------------------|
| Lebensmittel            | 45,3  | 32,3              |
| Wohnung                 | 10,0  | 22,6              |
| Bekleidung und Wäsche   | 12,7  | 12,2              |
| Einrichtung             | 3,9   | 5,2               |
| Heizung und Beleuchtung | 3,6   | 6,0               |
| Körperpflege            | 0,8   | 1,7               |
| Gesundheitspflege       | 0,6   | 3,8               |
| Verkehrsausgaben        | 1,2   | 2,2               |

Dieser Vergleich ist nur ein Notbehelf. Tatsächlich wird die amerikanische Erhebung, die, wie angedeutet, nunmehr auf den gleichen Grundlagen wie in Detroit auch in Berlin, Frankfurt, Manchester, London, Cork, Paris, Marseille, Antwerpen, Rotterdam, Helsingfors, Kopenhagen, Stockholm, Triest, Genua, Warschau und Konstantinopel durchgeführt wird, andere, jedenfalls richtigere Vergleichsmaßstäbe ergeben. Wir werden darüber zu gegebener Zeit berichten. Jedenfalls lassen die Zahlen schon jetzt erkennen, daß der Fordsche Arbeiter in Amerika über das Existenzminimum hinaus mehr für Luxus- und Kulturbedürfnisse aufwenden kann, als der deutsche.

## Aus Sowjetrußland Hetze gegen deutsche Kommunisten

Die Sa Industrialisaziu (vom 22. August), das Blatt des Obersten Volkswirtschaftsrates, der höchsten Industriebehörde Rußlands, meldet über die Hetze, die gegen deutsche kommunistische Arbeiter in der Moskauer Gießerei „MDS“ betrieben worden ist.

„Auf der „MDS“ wird eine systematische Hetze gegen ausländische kommunistische Arbeiter betrieben, unter denen sich auch politische Auswanderer befinden. Eine Sonderkommission der Arbeiter- und Bauerninspektion, die bereits vor einem halben Jahre den Fall untersuchte, stellte fest, daß die Verhältnisse, in denen die ausländischen Genossen arbeiteten, offenkundig anormal sind. Die ausländischen Arbeiter wurden nicht entsprechend ihrer Fähigkeit verwendet, wodurch ihre Arbeit wenig ergiebig war. Bei der Bewertung der Arbeit der Ausländer wurden diese von den Fabrikleitern vor den russischen Arbeitern zurückgesetzt. So wurde beispielsweise der Arbeiter Genosse Steiner beschuldigt, eine Maschine beschädigt zu haben, was sich als unwahr herausstellte. Durch die Art der Untersuchung wurden die chauvinistischen Stimmungen der rückständigen Arbeiter geschürt. Die leitenden technischen und Verwaltungsbeamten der Fabrik verhinderten durch ewige Nörgeleien die ausländischen Genossen an der Arbeit. Der Betriebsrat der Fabrik hat diese Hetze unterstützt. Die Kommission der Arbeiter- und Bauerninspektion erklärte, daß im Falle einer Nichtbeseitigung dieser Mißstände große politische Rückwirkungen zu erwarten sind. Sie wies die Fabrikleitung sowie die Parteizelle und den Betriebsrat an, sofort alle Maßnahmen zur Beseitigung der Hetze gegen die ausländischen Genossen zu treffen. Dieser Beschluß ist in keiner Weise befolgt worden. Von allen Seiten wurde versucht, die Beschlüsse der Kommission zu vertuschen. Der Schriftführer der Parteizelle der Fabrik, Pawluschin, erklärte wörtlich: „Diese Deutschen machen immer Krakeel und beschweren sich ohne Grund bei den oberen Instanzen.“

Eine Reihe von Monaten hat die Parteizelle keine Zeit gehabt, die Frage der Hetze gegen die ausländischen Arbeiter zu besprechen. Als es soweit war, beschränkte sie sich mit einem einzigen Verweis. Die Hetze gegen die deutschen Genossen wurde fortgesetzt und hat sogar zugenommen. Als zwei deutsche Genossen Klagen über die Hetze, die ihnen jede Arbeit unmöglich machte, in der Wandzeitung der Fabrik veröffentlichten, erhielt die Zeitung einen Anschauer mit der Drohung der Entlassung des Redakteurs wegen „Linksabirrgung“. Die Belieferung der ausländischen Arbeiter mit Werkzeugen wurde erheblich verzögert. Die sachlichen und überaus wertvollen Vorschläge der Ausländer wurden nicht beachtet. Der stellvertretende technische Direktor, Ingenieur Moskow, erklärte, daß die Deutschen in Wirklichkeit keine Fachleute seien und sich nur für solche ausgeben, was jedem beliebigen Menschen bekannt sei; die russischen Arbeiter unterschieden sich von den deutschen dadurch, daß sie bescheidener seien und besser arbeiten. Moskow ging sogar soweit, daß er eine ganze Fabrikabteilung auflöste, um deren Leiter, einen deutschen Fachmann, loszuwerden.

Die Sa Industrialisaziu vom 31. August meldet, daß nunmehr endlich Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hetze getroffen

worden sind. Der gesamte Betriebsrat wird vor Gericht gestellt. Das Büro der Parteizelle ist neu gewählt worden. Der frühere Direktor der Fabrik, Perfiljew, der die Hetze leitete, wird zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden. Auch die anderen leitenden Beamten sind entlassen worden. Das Zentralkomitee des Metallarbeiterverbandes wird in einer Sondersitzung die Haltung des örtlichen Gewerkschaftsverbandes in dieser Angelegenheit behandeln.

## Kriegsdienst und Industriedienst

Die Kramaja Swesda, das Blatt der Roten Armee, enthält in ihrer Ausgabe vom 14. August folgende Bekanntmachung:

„Am 13. August fand die regelmäßige Sitzung des Präsidiums des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion statt, wobei neben anderen Fragen auch die der Wehrpflicht erörtert wurde. Das Präsidium bestätigte das neue Gesetz über die Wehrpflicht. Nach diesem Gesetz wird in die Ableistung der Heeresdienstpflicht noch eine neue Form eingeführt, nämlich der militärische Fabrikdienst, der in einer dauernden Dienstleistung in den Fabriken und Unternehmen besteht bei gleichzeitiger Heranziehung zum Militärdienst. Der Wehrpflichtige wird den Dienst dieser Art in Industrieunternehmen in zwei Jahren ableisten und bei der Verabschiedung kann er in die Listen des Unternehmens eingetragen werden, in welchem er seiner Dienstpflicht genügt hat. Auf diese Weise wird aus den Angehörigen der Roten Armee eine Kerntruppe von Instruktooren für die Bedürfnisse der Rüstungsindustrie hervorgehen. Ein weiteres unterscheidendes Merkmal des neuen Gesetzes vom alten bildet der Kurs der militärischen Vorbereitung für die Studenten. Die Studenten werden nunmehr ihrer militärischen Dienstpflicht während der Studienzeit in den Hochschulen und technischen Lehranstalten genügen. Ferner war in dem alten Gesetz für die Landwehrlaute eine besondere Steuer vorgesehen. An die Stelle tritt jetzt anstatt einer Steuerzahlung die Ableistung öffentlicher Arbeiten.“

Abgesehen von diesen Veränderungen sind in der neuen Fassung des Gesetzes auch die Abschnitte über die Ableistung der Wehrpflicht für Hörer der Arbeiterfakultäten erweitert. Aufschub für die Wehrpflicht erhalten die Kollektivwirtschaftler zurzeit der Feldarbeiten, die Traktorenführer usw. Sehr genau ist im neuen Gesetz die Frage der Lohnzahlung an die zur Ableistung ihrer Wehrpflicht ins Heer eintretenden Arbeiter, Landarbeiter, Angestellten usw. geregelt. Arbeiter und Angestellte, die freiwillig in die Rote Armee eintreten, werden auf Grund ihrer Anzeige beurlaubt. Der Arbeitgeber muß eine einmalige Zahlung in Höhe eines mittleren Zwölftagelohnes auszahlen. Den in die Kriegsschulen Eintretenden werden ihre Stellen offen gehalten. Die in die Kriegsschule Aufgenommenen werden vom Arbeitgeber beurlaubt bei gleichzeitiger Auszahlung eines einmaligen mittleren Monatsgehaltes.“

## Abwandern der Arbeiter

Die Iswestija vom 18. August enthält folgende Mitteilungen zur Frage der Abwanderungsbewegung unter den Arbeitern: „Das Abströmen der Arbeitskräfte in den Unternehmen des Uralgebiets hat einen Umfang angenommen, der eigentlich schon mit Ziffern astronomischer Größe berechnet werden müßte. Diese Zahlen geben allen Anlaß, Alarm zu schlagen. Hier die amtlichen Angaben aus einem Konjunkturbericht des Volkswirtschaftsrats des Uralgebiets: In der Kohlenindustrie sind in den letzten 7 Monaten von 15 000 Arbeitern mehr als 12 000 abgewandert, in der Metallindustrie beträgt der Prozentsatz der Abgewanderten für das dritte Quartal 44 vH gegenüber 26 vH im dritten Quartal des vorigen Jahres. In Kuschwa arbeiten nur 30 vH der Arbeiter länger als ein Jahr. Der Fabrikbau des Uralgebiets hat von 16 000 übernommenen Arbeitern mehr als 11 000 wieder verloren. Aus dem Bergwerk Wyssokogorsk sind im Lauf weniger Tage 700 Arbeiter abgewandert.“

## Stufen des wirtschaftlichen Niederganges

In seiner jüngsten Veröffentlichung reiht das Institut für Konjunkturforschung die Länder in drei Gruppen, je nachdem, auf welcher Stufe der wirtschaftlichen Flaute sich die betreffenden Länder befinden. Als Stufen des wirtschaftlichen Niederganges wurde unterschieden: a) beginnender, b) fortschreitender, c) auslaufender Rückgang.

In die Ländergruppe beginnenden Rückgangs gehören von den europäischen Ländern nur Holland, die Schweiz und Schweden. In diesen Ländern stehen zunächst Rückgängen der Produktion in einzelnen Wirtschaftszweigen noch Steigerungen in anderen gegenüber. Die Beschäftigungslage ist in ihnen noch im allgemeinen günstig. Jedoch droht diesen Ländern infolge der Ausfuhrschwierigkeiten ein Rückschlag. Von überseeischen Ländern befinden sich in diesem Konjunkturabschnitt nur Chile und Neuseeland.

Die Mehrzahl aller Länder der Welt gehören in die Gruppe, die durch fortschreitenden Rückgang gekennzeichnet werden kann. Unter ihnen befinden sich vor allem die europäischen Industriestaaten, Großbritannien, Belgien, Italien, Österreich und die Tschechoslowakei. Am größten ist der Rückgang unter diesen Ländern in Großbritannien.

Zeichen des auslaufenden Rückgangs — verlangsamer Rückgangsbewegung oder bereits Stillstand auf dem erreichten Stand — zeigen vor allem Deutschland und die Vereinigten Staaten, ferner von europäischen Ländern Polen, Rumänien, Portugal und Finnland sowie die südamerikanischen Staaten Brasilien, Kolumbien, Venezuela und Ecuador. Allerdings läßt sich in diesen Ländern über die voraussichtliche Dauer der Flaute nichts aussagen.

Das Institut für Konjunkturforschung gruppiert die Länder in solche mit hoher, mittlerer und geringer Arbeitslosigkeit. In die erste Gruppe, Länder mit hoher Arbeitslosigkeit, gehören vor allem die großen kapitalistischen Länder, die Vereinigten Staaten mit 5 Millionen (nach anderen Schätzungen erheblich mehr!), Deutschland mit 2,8 Millionen, Großbritannien mit 2,1 Millionen Arbeitslosen. Nur Frankreich als einziges großes hochkapitalistisches Land hat eine verschwindend geringe Arbeitslosigkeit. Zu den Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit gehören noch laut dem Konjunkturinstitut außerdem Italien, Polen, Österreich, Norwegen und Australien. Ungarn und Kanada wurden vom Konjunkturinstitut mit Unrecht zu den Ländern mit nur mittlerer Arbeitslosigkeit gerechnet, in Wirklichkeit gehören diese Länder in die erste Gruppe. Die Zahl der Arbeitslosen in den Ländern, die zur ersten Gruppe gehören, war im Juni 1930 um sechs Millionen höher als vor einem Jahre. Als Länder mit mittlerer Arbeitslosigkeit zählt das Institut folgende Länder auf: Tschechoslowakei, Belgien, Dänemark, Schweden, Holland, Rumänien, Irland, Ungarn, Jugoslawien, Schweiz und Kanada, während Frankreich, Neuseeland, Finnland, Estland und Lettland zu den Ländern mit geringer Arbeitslosigkeit gehören.

Für eine Reihe von Ländern, wie Indien, China und Südamerika, fehlt es überhaupt an Schätzungen für die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen in den Ländern, in denen Schätzungen vorliegen, betrug im Juli dieses Jahres 11 Millionen.

## Der Rassengegensatz in Südafrika

Seit Jahren treten Schwierigkeiten und Reibungen zwischen denjenigen Gewerkschaften Südafrikas auf, die weiße Arbeiter organisieren, und denen, die sich um die Organisation der Farbigen bemühen. Der Gewerkschaftsbund der weißen Arbeiter, der South African Trades Union Congress, nimmt keine Farbigen als Mitglieder auf. Dies ist auch der Grund, warum vor einigen Jahren ein Gewerkschaftsbund der Farbigen errichtet wurde und sich dem IGB anschloß. Neben diesen beiden Gewerkschaftszentralen besteht in Südafrika noch die Kap-Föderation der Gewerkschaften mit etwa 5000 Mitgliedern. Diese Föderation ist eine Zentrale von Verbänden in Kapstadt. Sie organisiert keine eigentlichen Farbigen, wohl aber eine Mischung der Rassen, die den Namen der Kap-Farbigen führt.



# Weißer Zähne: Chlorodont

## KOLLEGEN!

Bestellt umgehend bei euren Verwaltungsstellen

### Metallarbeiter-, Former-, Klempner- und Jugend-Kalender für das Jahr 1931

**Eines ist immer wichtig!**

Wo kaufen Sie? Natürlich im Spezialhaus! Wir sind das größte Photospezialhaus Deutschlands und verkaufen nur erstklassige Marken-Kameras, wie Zeiss Ikon, Voigtlander, Nagel, Patent-Eftis ohne Mehrberechnung; ohne Zinsen gegen bequeme **TEILZAHLUNG** Jede Kamera 5 Tage zur Ansicht - kostenlose Fernberatung durch uns. Fachwissenschaftler und Photodemieter Doktor H. Naumann Tausch alter Apparate gegen neue moderne Kameras, Restzahlung in Raten. 132 Seiten starker Photokatalog umsonst!

**PHOTO PORST** Deutschlands gr. Photospezialhaus-Nürnberg Lorenzplatz 8 108



Die Chöre des deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes nur auf

**homocord** SCHALLPLATTEN

Die zwei schönsten Arbeiter-Chorplatten  
**4-2293 Empor zum Licht**  
**4-2349 Brüder zur Sonne**  
 in allen einschläg. Geschäften erhältlich. Bezugsquellen-nachw. **Homophon-Company** G.m.B.H. Berlin SW 68

**Billige böhmische Bettfedern!**  
 1 Pfd. graue, gut geschlossene 80 Pl., 1 Mk., halbweiße 1,30 Mk., 1,50 Mk., weiße, flumige, geschlossene 1,70, 2, 2,50, 3 Mk., feinste geschlossene Halbflaum-Herrschafsfedern 4, 5, 6 Mk., 1 Pfd. Rappfedern, ungeschl., mit Flaum gemengt, halbweiß 1,75 Mk., weiß 2,40 Mk., 3 Mk., allerfeinster Flaumrapp 3,50 Mk., 4,50 Mk. - Versand zollfrei, gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko, Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld return. Muster und Preisliste gratis.  
**S. BENISCH** in PRAAG XII, Amerika ulce Nr. 669, Böhmen.

**Billige böhmische Bettfedern!**  
 - Nur reine gutfüllende Sorten -  
 Ein kg graue geschlossene Mk. 3,-  
 halbweiße Mk. 4,- weiße Mk. 5,-  
 bessere Mk. 6,- 7,- damenweiße Mk. 8,- 10,- beste Sorte Mk. 12,-  
 14,- weiße ungeschlossene Mk. 7,50 Mk. 9,50, beste Sorte Mk. 11,-. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme, Umtausch und Rücknahme gestattet, Benedikt Sachsel, Lobes 34, bei Pilsen, Böhmen

**BETT FEDERN**  
 10000 Dankeschreib.  
 1 Pfd. gr. - 80 u. 1.50, graue Halb. 2.50, 3, weiß, e 8.50, 8.80, 4.50, Spez. 6. - Daunen 8. - Oberbett. 16. - u. 19.50, Kissen 4.50u. 6.50, Unterbetten 17. - u. 18.50. Muster u. Preis. umsonst. 9 Pfd. fr. gegen Nachn. Nichtpassend. Geld zurück. Josef Christel Nachf. Cham 440 (Bay.)

**Christel**

**Elektromeister durch Fernunterricht**  
 Prospekt o. frel. - Privatlehrgänge Dipl.-Ing. LESSER, Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstr. 5 d

**Erfinden!**  
 Broschüre „Was noch erfunden werden muß!“ mit „Praktischen Winken“ gratis. Patent.-Ing. Folkmar, Berlin-Charl. 4, Fritsche 34/d.

**EISB-Betten**  
 (Stahl u. Holz) Polst., Stahlmatr., Kinder-, Ghaisel, an jeden Teilteilg. Katalog gratis. Eisemann & Co. Berlin, Suhl, Th.

## Kollegen! Lest die Betriebsräte-Zeitschrift!



### DAS SCHRECKGESPENST

Nachdem aber Haus Neuerburg für den Zigarettenfachmann war bislang der gelbliche Tabakstaub. Sein bitterer Geschmack nimmt beim Verbrennen selbst der herrlichsten Macédonen-Mischung die Blüte des Aromas. Er bildet sich in allen Stadien der Verarbeitung immer wieder zum Leidwesen aller in Tabakbetrieben tätigen Menschen.

Nachdem aber Haus Neuerburg den Kampf gegen den Tabakstaub aufgenommen hat, strahlen die Räume unserer Fabriken vor Sauberkeit. Gleichzeitig wurde den Zigaretten, die in staubfreien Arbeitssälen hergestellt werden, jeder bittere Beigeschmack genommen und eine ganz gleichmäßig brennende Füllung sichergestellt.

**HAUS NEUERBURG G.M.B.H**

**OVERSTOLZ 5 PF.**  
 staubfrei  
 schmeckt niemals bitter!

Sie können unsere Angaben nachprüfen. Wenn Sie durch eine Haus Neuerburg-Zigarette Hausstaub vermeiden, so ist dies ein Gewinn für Ihre Gesundheit.

**Drucksachen** jeder Ausführung  
**Verlags-gesellschaft des D-M-V - Berlin**

**Ausschneiden! Einsenden!**  
 Wert RM 20.-!  
 Erscheint nur dieses eine Mal.  
**Kein** unsere neukonstruierte gesch. Raumton-Schalldose Grand Phonic. Ueberraschende Musikverbesserung, ägl. beg. Dankschreib. Verl. Sie sof. Prosp. u. Aufkl. gratis. **Schallplatten** gr. Ausw. erstkl. Qual., 25 cm, dopps., v. 2.-2.2. an. Auch best. beste Ratenz., o. Ansch. Vers. nur dir. an Private. Verz. gratis. Schlott, Höhner & Co., Harmonika- u. Sprechapp.-Fabr. Brunnhöbra-Klingenthal 219/Sa.

**Die Prüfung bestanden!**  
 Auch Sie werden Ihre Prüfungen bestehen und Ihr Ziel erreichen. Trauen Sie sich weniger zu als Unzählige, die sich nur mit Volksschulbildung erfolgreich zur Obersekundareife und zum Abitur durch Rüstlin (neben ihrem Beruf) vorbereiten? Wir bereiten Sie vor zur Obersekundareife und zum Abitur, zu kaufmänn. Stellen und in der Musikwissenschaft. Ferner Ausbildung auf allen Gebieten der Technik (Maschinenbau, Elektrotechnik, Handwerk usw.). Teilen Sie uns mit, was Sie erstreben und welche Vorbildung Sie besitzen. Mit Rat und Auskunft, sowie kostenlosen Prospekten steht Ihnen das Rüstlinsche Lehrinstitut, Potsdam Ta. 287, gern zu Diensten.

**90000 zufriedene u. dankbare Kunden!**

**Edelton**

**Die Spitzenleistung**  
 der deutschen Sprechmaschinen-Industrie  
 Preis ab Fabrik nur 78 Mark  
**Ohne Anzahlung - 2 Mark Wochenzahlung**  
 Rücksendungsrecht innerhalb acht Tagen  
**Leo Heinrich**, Sprechmaschinen-Fabrik „Edelton“  
 Gettin N 65, Lynarstr. 5-6  
 Schallplatten (Weltmarken) gr. Ausw., bequemste Zahleweise, Prosp. 40 grat. u. franko



### Josef Witt, Weiden (Opt.)

Aeltestes und größtes Spezial-Verständnis der Art Deutschlands  
**mit eigener Spinneret von 32 506 Spindeln, mit eigener Weberei von 640 Webstühlen**  
 gibt kurze Zeit ab:

| Nr. | Preise per Mtr.  | Breite | Mk. Pl. |
|-----|--|--------|---------|
| 85  | Gardinen, sog. Vorhangsstoff, aus prima gelben Garnen, mit indanthren-goldfarb. Streifen   | 70 cm  | 0.24    |
| 86  | Weißes Hemdentuch, leichte Sorte mit Schnittkante  | 70 cm  | 0.25    |
| 87  | Weißes Hemdentuch, für gute, halb. Wäschestücke  | 80 cm  | 0.45    |
| 88  | Weißes Hemdentuch, mittelstark-fädig, dicht geschlossene vorzügliche Qualität für besonders solide gute Wäschestücke                           | 80 cm  | 0.65    |
| 89  | Weißes Maccotuch, sehr feinfädig, dicht geschlossen, aus garantiert rein ägyptischer Baumwolle, für bes. feine, bessere Hemden u. Wäschestücke | 80 cm  | 0.72    |
| 90  | Baumwolltuch, ungebleicht, sehr strapazierbar, fast unverwundlich im Gebrauch  | 78 cm  | 0.40    |
| 91  | Hemdenflanell, indanthrenfarbig, gestreift, gute, besonders reißfeste Sorte  | 72 cm  | 0.38    |
| 92  | Hemdenflanell, außerordentlich haltbare, fast unzerreißbare, kräftige Qualität, fast unverwundlich im Gebrauch                                 | 78 cm  | 0.64    |
| 93  | Handtücher, dicht geschlossene, kräftige Strapazierqualität  | 40 cm  | 0.45    |
| 94  | Hemdenzephir, auch für Blusen geeignet, gute Sorte, schöne Muster  | 70 cm  | 0.48    |
| 95  | Wischtücher, gute Sorte, strapazierbar, 45 mal 45 cm p. 1/2 Dutzend  |        | 0.98    |
| 96  | Damentaschentücher, weiß, gute solide Sorte, mit Hohlsaum, 80 mal 30 cm p. 1/2 Dutzend   |        | 0.88    |

**Gelegenheitskauf!**  
 Weißes Hemdentuch, rein weiß, garantiert reine, ausgekochte Baumwolle ohne jeden Appreturzusatz, dicht geschlossen, dah. ganz vorzügliche, besonders gute Qualität 80 cm  
 Bis auf weiteres **10% Rabatt**. An Stelle erhalten Sie auf **des Rabattes auf diese Preise noch** eine schöne, gutgehende Wanduhr oder Standuhr oder 7 Meter haltbare zurückgesetzte Stoffe.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.- an. Postfreie Lieferung von Mk. 20.- an.  
 Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten. Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle einwandfreie Überzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualität bedeutend billiger als anderswo zu sind.

**Josef Witt, Weiden 84 Opt.**

**Kollegen! Lest die »ENERGIE«**